

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus f. d. Woche vom 5.—10. Novbr. 50 Milliarben M. Einzelverkaufspr. 8,5 Milliarben M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Telefon (905 nur Redaktion, 926 nur Geschäftsstelle).



Einzelangebühr für die achtzehnstündige Beilage od. deren Raum 20 Gold-Pfennige, auswärts 25 G. Pfg., Beilagenumsch. Arbeitssch. d. Wohnungsanzeigen 15 Gold-Pfennige, Reklamen 30 Gold-Pfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Telefon (926 nur Geschäftsstelle, 905 nur Redaktion).

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 258.

Samstag, 10. November 1923.

30. Jahrgang.

## Ende des Münchener Faschings.

### Ludendorff und Hitler gefangen.

### Rahr und Kossow wieder zurückgefallen.

SPD. München, 9. November. (Eig. Drahtber.)

Soeben ist der Münchener Putz vollständig niedergeschlagen. Nach einem heftigen Straßenkampf, bei dem es viele Tote und Verwundete gab, wurde das Münchener Kriegsministerium, in dem sich die Putzisten verschanzt hatten, gestürmt. Ludendorff, Hitler, Boehner und Hauptmann Römer sind gefangen genommen.

Das Münchener Wehrkreis-Kommando teilt mit: Heute nachmittag ist das Gebäude des Wehrkreis-Kommandos, in dem sich die Anhänger Hitlers und Ludendorffs noch gehalten hatten, von der Reichswehr nach Kampf genommen worden. Auf beiden Seiten Verluste. Hitler und Ludendorff sind verhaftet worden.

Nach einer um 9 Uhr abends aus München in Berlin eingetroffenen amtlichen Meldung hatte die Reichswehr bei dem Sturm auf das Kriegsministerium etwa 12 Verwundete. Hitler soll verwundet und entkommen sein. General Ludendorff ist gefangen genommen worden.

Die Regierung Knilling ist wieder im Amt. Die Verkehrsperre gegen Bayern ist aufgehoben worden.

### Ruhe in München.

München, 9. November.

Zu München herrschte heute nachmittag völlige Ruhe. In der Nacht vorher war noch die Festnahme Böhnners erfolgt. Der von den Nationalsozialisten als Polizeipräsident eingesetzte Polizeirat Fria ist festgesetzt.

Um 11 Uhr vormittags waren die kommunistischen und sozialdemokratischen Münchener Stadträte und ebenso der sozialdemokratische Erste Bürgermeister Schmidt von nationalsozialistischen Truppen mit Gewalt aus dem Rathaus geholt worden.

Durch den Einsatz der Münchener Truppen, der Landespolizei und von auswärts herangezogener Kräfte war bis 3 Uhr nachmittags der Putz restlos in sich zusammengebrochen.

### Die Opfer.

Berlin, 9. November.

Nach weiteren aus München eingetroffenen Nachrichten befinden sich General Ludendorff, Hauptmann Römer, der Führer des Bundes „Oberland“, und die anderen Führer der Nationalsozialisten in Schußhaft. An Verlusten sind bei der Reichswehr zu verzeichnen: 2 Leichtverletzte, bei der Schutzpolizei etwa 6—7 Verwundete und einige Tote. Im ganzen dürften auf beiden Seiten 8 bis 10 Personen getötet worden sein.

## Zusammenbruch und Unfall.

Hätte der Hitler-Ludendorff-Putz in München zu dem von den Rechtsradikalen erhofften Erfolge geführt, dann würde der Jubel der Rechtspresse keine Grenzen kennen. Aber auch ohne dem können die deutschnationalen Blätter ihre Freude über das hochverräterische Unterfangen der Münchener Nationalsozialisten kaum bändigen. Auf alle Fälle findet sich in ihren Spalten kein Wort der Verurteilung des Hochverrats. Was in dieser Richtung vielleicht geschieht, ist höchstens ein heuchlerisches Gemiammel. So, wenn Wahrenbrecher in der „Deutschen Ztg.“ widerwillig erklärt: „Mit keinem Worte billigen wir im einzelnen, was Hitler und die Seinen getan haben.“ Aber die Tat als solche wird um so mehr gefeiert: „Das, was jetzt in München zum Ausbruch kam, darf nicht verächtlich noch beschimpft noch bestraft werden.“ Das ist der Ton, der sich überall in den Rechtsblättern findet, nachdem die Sache schief gegangen ist. Die Schuld tragen nicht die nationalsozialistischen Hochverräter, sondern, wie die „Kreuzzeitung“ erklärt: „Die Schuld trägt in erster Linie das falsche Berliner System.“ Und weshalb? Weil in Berlin Regierung und Parlament nicht schon längst, den deutschnationalen Diktatorgehilfen weichen, abgetreten sind und die Diktatoren in München und anderswo Platz gemacht haben. „Auf irgend eine Weise mußte es dazu kommen, um den Stein wieder ins Rollen zu bringen, der wieder im Gefährtripp des Parteiführers hängen geblieben war.“ So die „Kreuzzeitung“. Und die „Deutsche Zeitung“ zieht aus dem Putz die Folgerung: „Dem, was in München geschehen ist, muß insoweit nahegegeben werden, daß jetzt eine völlige entschlossene Regierung an die Spitze des Reiches tritt!“ Und dann ergibt sich die verzehrende Geste für die Putzisten von selbst: „In dem Augenblick, wo das geschehen ist, gibt es weder „meuternde Generale“ noch „putschistische Freischaren.“

Um so scharfer brandmarkt die Linkspresse den hochverräterischen Staatsstreich an der Nar. Besonders unter die Lupe genommen wird dabei auch das mehr als zweideutige Verhalten des bayrischen Generalstaatskommissars, des Herrn v. Rahr. Im Bürgerbräukeller berät er zunächst mit Hitler, Ludendorff und deren Anhang eine halbe Stunde über die Bildung der Putzregierung, um dann vor der Masse Hitler die Hand zu reichen.

eine Ansprache an die Vaterländischen zu halten und sich als Statthalter der Monarchie und Leiter der Geschicke Bayerns von Hitlers Gnaden zu bezeichnen.

Am anderen Morgen aber soll plötzlich alles eine Sprengung gewesen sein;

Die Rede, das Verhandeln, das Wohlwollen für die nationalsozialistischen Organisationen, das ganz besonders an der bairisch-thüringischen Grenze in die Augen sprang. Diktator-Qualitäten hat Rahr in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag auf alle Fälle nicht bewiesen. „Selbst wenn er zunächst lediglich dem Druck der bewaffneten nationalsozialistischen Einheiten nachgegeben haben sollte, spricht das nicht gerade für seine Mannhaftigkeit, die, nach allen Vorbildern der Geschichte, das erste Kennzeichen eines Diktators sein sollte“, schreibt das „Berliner Tageblatt“, und meint dem Doppelzüngler gegenüber: „Das Reich hat allen Anlaß, beiden Richtungen (der Hitlers und der Rahr's) im Gesamtinteresse der Nation zu misstrauen.“ Tollkühn ist nicht zu leugnen, daß an dem hochverräterischen Unternehmen in München Rahr dieselbe Schuld trägt wie Ludendorff und Hitler.

### Geht Oberkommandierender.

Der Reichspräsident hat folgende Verordnung erlassen:

Auf Grund Art. 48 der Reichsverfassung verordne ich, wie folgt:

§ 1. Die Ausübung des mir verfassungsmäßig zustehenden Oberbefehls über die Wehrmacht des Reiches übertrage ich auf den Chef der Heeresleitung, General von Seeckt.

§ 2. In Ausführung meiner Verordnung vom 26. September 1923 übertrage ich die vollstehende Gewalt an Stelle des Reichswehrministers dem Chef der Heeresleitung General von Seeckt, welcher alle zur Sicherung des Reiches erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat.

§ 3. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Der Reichspräsident: eck, Ebert.  
Gegenzeichner: Der Reichsminister Dr. Stresemann.  
Der Reichswehrminister Dr. Geßler.

## Auftritt des Generals v. Seeckt.

Berlin, 9. November.

An die Reichswehr!

Die Ausübung des Oberbefehls über die Wehrmacht des Reiches ist mir übertragen und mir mit der vollstehenden Gewalt der Auftrag erteilt worden, esse zur Sicherung des Reiches erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Ich denke diese Aufgabe in ihrem vollen Umfange mit vollem Ernst zu ergreifen, meiner Verantwortung gegenüber dem Volke bewußt. Ich weiß, daß ich auf die Arme und Marine bestenfalls vertrauen kann, daß alle Teile der Reichswehr zu mir stehen und kein Zwist zwischen Nord und Süd besteht. Eingriffe Unzufriedener in die Ordnung des Reichs und der Länder wird die Reichswehr unter meiner Führung mit Nachdruck zurückweisen, von welcher Seite sie kommen mögen. Alle kaiserlich-königlichen, reichstreuen Kräfte des Volkes sollen zur Reichswehr stehen, ihr Vertrauen und ihre Unterstützung! Als meine vornehmste Aufgabe bei der Sicherung des Reiches betrachte ich neben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nach besten Kräften mit aller Energie mitzuwirken bei der Sicherung der Ernährung. An ihrer Stelle mitzuhelfen, ist ernste Pflicht der Militärbehörden in ihren Wehrkreisen.

Deutsche Reichswehr! Auf dich steht dein Volk mit Vertrauen! Gehe ihm voran auf deutlichen Wegen!

v. Seeckt, General der Infanterie,  
Chef der Heeresleitung,  
Inhaber der vollstehenden Gewalt.

### Berliner Mitwörter des Putzes.

Offenbar hatte die Münchener Verschwörer-Gesellschaft, einschließlich Rahr's, Zusicherungen von gleichgestimmter Seite aus Berlin erhalten, wonach der Hitler-Ludendorff-Putz auch in der Reichshauptstadt das Signal zum Losschlagen sein würde. In diesem Zusammenhang ist der bereits erwähnte Schritt Hergis bei Stresemann bemerkenswert, ebenso die Forderung der deutschnationalen Fraktion auf Errichtung einer Rechtsdiktatur. Darüber hinaus aber ist noch zu erwähnen, daß Donnerstag, zu einer Zeit, als der Münchener Putz noch gar nicht erfolgt war, von deutschnationaler Seite der Rücktritt Stresemanns noch für dieselbe Nacht mit aller Bestimmtheit angekündigt wurde. Ein führendes deutschnationales Blatt hatte schon zu diesem Zeitpunkt Dispositionen für verlängerten Nachdienst usw. getroffen. Die jubelnde Aufmachung der „Deutschen Zeitung“ wird an anderer Stelle erwähnt. Noch bemerkender aber ist die Tatsache, daß der im Schwerindustriellen Scherl-Verlag erscheinende „Tag“ zwei verächtliche Auflagen herausgebracht hat, wobei die erste offenbar mit einem durchschlagenden Sieg der Putzisten auch in Norddeutschland rechnete.

Dollar 630 Milliarden.

1 Goldmfl. 150 Milliarden, 1 Goldpsf. 1,5 Milliarden.

## Die Schuldigen.

Berlin, 9. November.

Der inzwischen feindlich und wider Erwarten ausgebrochenen Spuk im Münchener Bürgerbräu braucht von uns Sozialdemokraten nicht bedauert zu werden. Er rechtfertigt treffend die von unserer Reichstagsfraktion seit Wochen vertretene und mit Nachdruck geforderte Politik zur Stärkung der Staatsautorität gegen über den Putzisten aller Richtungen und vornehmlich diejenigen zu Mißschuldigenden, die es mit Rücksicht auf ihre Parteipflichten immer wieder ablehnten, sich für die kaiserlich-königlichen Politik anzuschließen. Das letztere trifft in erster Linie auch auf die Reichsregierung zu. Durch die von ihr seit Wochen bewirkene Gebühde hat sie die Grundlage zu dem schäblichen Resten, was sich zum Schaden unseres Volkes am Donnerstag in München abspielte. Ihre Rücksichtnahme mußte in der bairischen „Ordnungszelle“ den Eindruck erwecken, daß mit der „Berliner Regierung“ alles zu machen ist und es nur einer „Tat“ bedürfte, die zur Kapitulation zu veranlassen.

Die Schuld der rechtmäßigen bairischen Regierung an den blutigen Ereignissen in München sowie die des Generalstaatskommissars Rahr und des meuternden Generals Kossow wird durch die Unterlassungswunden des Reiches keineswegs gemildert. Wo sollte es hin führen, wenn jede Landesregierung und jeder Reichsbürger sich einbildet, von Politik etwas zu verstehen, sein Mißfallen über die Reichspolitik und die ihr zugrundeliegende Reichsverfassung durch rechtswidrige Handlungen zum Ausdruck bringen wollte? Durch sie müßten die verfassungswidrigen Intentionen in gewissen Volksteilen wahrzunehmen werden und zu hochverräterischen Verbrechen führen. Tatsächlich haben Rahr und Kossow das durch ihr Verhalten in den letzten Wochen vorzüglich belegt. Sie haben fortgesetzt verfassungswidrig gehandelt, unter ihren Augen konnten sich an der bairischen Grenze Lawende von irregulären Banden sammeln, während den verfassungstreuen Elementen in Bayern gewaltsam ihre Waffen entzogen wurden. Die ihnen im Einverständnis mit dem zuständigen Innenminister Schwieger ausgehändigten sind. Ueberhaupt spricht die ganze Entwicklung in Bayern seit der Ernennung des bairischen Generalstaatskommissars dafür, daß der Hochverrat Hitlers und Ludendorffs in stillschweigendem Einverständnis mit Rahr und Kossow vorbereitet wurde und nur durch einen Fehler in der Regie erneut der Gegenstand zwischen den schwarz-weiß-roten und weiß-blauen Parteilichen plötzlich wieder zum Ausbruch gekommen ist. Weil das so ist, müssen wir uns schon heute gegen den Versuch wenden, Rahr und Kossow als die Retter der Reichseinheit nicht nur zu verhimmeln, sondern überhaupt zu besprechen.

Ein Rückblick auf die letzten Ereignisse im Bürgerbräu beweist die unwahrscheinliche Rolle Rahr's in dem Münchener Drama. Anfangs hält er eine Rede, in der er sich als „Statthalter der bairischen Monarchie“ bezeichnet; dann steigt er, inzwischen von Hitler beauftragt, eine Treppe tiefer und verhandelt mit den scheinbaren Putzisten, reicht ihnen später unter dem jubelnden Beifall der Spielbürger die Hand zum Treuschwur — und als er nach zwölf Stunden die Dinge überblicken hatte, will er gemeinsam mit Kossow plötzlich erpreßt werden. Diesen Schwindel wagt der Getreue der Deutschnationalen in funktentelegraphisch die Welt hinaus zu senden, obwohl er selbst den Verfassungbruch begangen und gegen die Handlungen Hitlers, die Verhaftung des Ministerpräsidenten Knilling und des Innenministers Schwieger sowie seine Ernennung zum Reichsverweiser nicht den geringsten Einspruch erhoben hat. Nein, Rahr und Kossow sind im gleichen Grade Hochverräter wie Ludendorff und Hitler, sie unterscheiden sich von diesen nur dadurch, daß sie, als die Geschichte verloren schien, gegenüber ihren Bundesgenossen nicht nur einen schändlichen Verrat übten, sondern sie auch noch beschließen ließen.

In diesem Zusammenhang ist dem Putzisten Ludendorff ein besonderes Wort zu widmen. Jahrelang hat er es verstanden, mit den Faschisten Deutschlands und des Auslandes enge Verbindungen zu knüpfen und sich ihrer finanziellen Hilfe für die deutsche Umsturzbewegung zu bedienen. Bisher war kein positiver Beweis hierfür zu erbringen, obwohl alle Welt wußte, daß Ludendorff einer der geistigen Väter der in Deutschland seit Jahren verfaßten betriebenen Verheerung war. Selbst im Rapp-Putz war ein tatsächlicher Beweis für seine Beteiligung an diesem Hochverrat nicht zu erbringen, trotzdem niemand daran zweifeln konnte, daß Ludendorff in Wirklichkeit hinter den Kulissen einer der Hauptbeteiligten war. Durch die Münchener Affäre ist die Gemeingefährlichkeit seines Treibens endlich aufgedeckt worden. Mit ihm gehören jetzt endlich alle die hinter Schloß und Riegel, deren Gemeingefährlichkeit für unser Volkswesen in diesen Tagen in München erwiesen wurde. Das sind vor allem Hitler, Rahr und ihre engere Umgebung!

Leider ist nicht anzunehmen, daß der Münchener Hochverrat die notwendige Sühne findet, solange die gegenwärtige Regierung Stresemann am Ruder ist. Inzwischen hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei nicht zuletzt in Anbetracht der Münchener Vorgänge beschlossen, gegen die Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung grundsätzliche Einwendungen nicht zu erheben. Die Partei des Herrn Stresemann hält es also immer noch für möglich, mit Hochverrättern gemeinsame Regierungsarbeit zu leisten. Solange das der Fall ist und deshalb die staatliche Macht nicht restlos gegen die volksverheerenden Elemente — und das sind die Deutschnationalen — eingesetzt werden kann, ist eine Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Deutschland unmöglich. Des-

Hoch müssen jetzt die übrigen bürgerlichen Parteien aus dem Münchener Vorkauf die erforderlichen Lehren ziehen. Verzichten Sie darauf, dann trifft sie ebensoviele Schuld an dem Untergang des Reiches wie die Münchener Putzschützen und ihre mittelbaren bzw. unmittelbaren Hintermänner in Berlin. Denn sicher ist, daß die rheinische Bevölkerung sich ein Diktatorregiment der deutschnationalen Kriegsverlängerer erkundigen gefallen lassen wird, wie der übrige Teil der deutschen Bevölkerung daran denkt, sich von Putzschützen und Hochverrätern in einen neuen Krieg hineinzuziehen zu lassen.

## Die Militärkontrolle.

Paris, 8. November.

Die Vorkaufkonferenz hat sich heute vormittag erneut mit der Frage der Militärkontrolle in Deutschland beschäftigt. Der Sitzung wohnten bei Marshall Foch und sein Generalstabchef General Deslières, sowie der englische Militärattaché General Sadeville-Weil. Im Gegensatz zu der heute mittag von Havas verbreiteten Meldung, wonach die Vorkaufkonferenz Instruktionen an General Nollet vom 3. Oktober und 3. November veröffentlichte, ist in Wirklichkeit beschlossen worden, den Wochentag der beiden vom 3. Oktober und 3. November datierten Schreiben der Vorkaufkonferenz an den deutschen Gesandten in Paris zu veröffentlichen. Havas teilt dazu ergänzend mit, daß dieser Beschluß auf Intervention des englischen Vorkaufers Lord Crewe gefaßt worden sei, der auf diese Weise gegenüber den Aufstellungen des Berliner Korrespondenten des Pariser „Journal“ über Form und Inhalt der Noten den richtigen Sachverhalt festzustellen beabsichtigt. Der Berichterstatter hatte von ganz bestimmten Sanktionen gesprochen, die gegen Deutschland ergriffen werden sollen, und das Blatt hatte dieser Meldung in Sperrdruck einen sensationellen Anstrich gegeben.

## Worauf es Frankreich ankommt.

Frankfurt a. M., 8. November.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus London meldet, erfordert die alliierte Militärnote sorgsamste Behandlung. Ein hochwichtiger Bericht des Pariser Korrespondenten des „Manchester Guardian“ weist auf den plötzlich gesteigerten französischen Eifer in der Militärfrage hin und sieht härteste politische Agitation voraus, wenn Berlin sich weigert, der Note Folge zu leisten oder die Frist verstreichen läßt. In diesem Falle werde Poincaré unter der Parole, daß Frankreich selbst für seine Sicherheit sorgen müsse, neue Sanktionen ergreifen, welche praktisch auf ein unbegrenztes Festhalten des Ruhrgebietes als dem deutschen Hauptarsenal hinauslaufen.

## Frankreichs Antwort an Amerika.

Paris, 8. November.

Dem „Welt Parisien“ wird aus Washington berichtet: Der französische Botschafter übermittelte gestern Hughes im Laufe einer Unterredung, die 25 Minuten dauerte, die Antwort der französischen Regierung über verschiedene Fragen in der Angelegenheit des Sachverständigenausschusses. Hughes hat sich hierauf nach dem Willen Hauje begeben, aber erklärt, er werde keinerlei Mitteilungen zu machen haben. Man hat jedoch den Eindruck, daß die Verhandlungen fortanern, wenn auch eine Lösung noch nicht erzielt ist. Nach dem „New York Herald“ soll man im Staatsdepartement den Eindruck gewonnen haben, daß Erfüllung der Forderungen, den letzten Punkt zu überwinden. Offiziell sei gestern erklärt worden, die französische Regierung habe nicht verlangt, die Kriegsschuldenfrage in den Bereich der Verhandlungen einzubeziehen. Die einzige Frage, in der Frankreich und die Vereinigten Staaten verschiedene Meinungen seien, soll nach dem Blatt der Poincaré'sche Vorschlag sein, daß die Sachverständigen nur die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands behandeln, was im Widerspruch mit der dringenden Forderung Hughes' stehe, daß die Sachverständigen mit ungebundenen Händen an ihre Aufgabe herangehen sollen. Staatssekretär Hughes habe mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten nicht die Absicht hätten, die Ruhrfrage zur Erörterung zu bringen.

London, 8. November.

Der Pariser Berichterstatter der „Daily Mail“ schreibt über den Inhalt der ausführlichen Anweisungen Poincarés an den französischen Botschafter in Washington, Frankreich sei nicht geneigt, Deutschland einen Zahlungsausschuß bis zum Jahre 1933 zu gewähren. Poincaré denke jedoch an den nach Anhang 3 § 8 des Vertrages möglichen Ausschub bis 1926. Das augenblickliche Chaos in Deutschland mache es unmöglich zu sagen, was Deutschland zahlen könne, aber bis zum Jahre 1926 müsse ein Plan gefaßt und zur Ausführung gebracht werden können. Was das Ruhrgebiet betreffe, so sehe Poincaré keinen Einwand dagegen, daß der geplante Sachverständigenausschuß die dortigen Verhältnisse unterführe, vorausgesetzt, daß er nicht zum Ausdruck bringt, daß Frankreich das Ruhrgebiet anders besetzt habe als mit formeller Zustimmung der Reparationskommission, einer Organisation, die über jeder Regierung stehe.

## Frankreichs Warnung.

Der von Paris angekündigte Schritt des französischen Botschafters in Berlin beim deutschen Reichszentralrat ist am Freitag nachmittag um 5 Uhr erfolgt. Der Besuch des französischen Botschafters hatte lediglich den Zweck, die deutsche Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß die Errichtung einer Diktatur in Deutschland für Frankreichs Haltung Folgerungen nach sich ziehen würde und die französische Regierung den Standpunkt vertritt, daß das demokratisch-parlamentarische System in Deutschland die Voraussetzung für geregelte Beziehungen zwischen den beiden Ländern sei. Es handelte sich jedoch keineswegs um einen Schritt ultimativen Charakters. Der Reichszentralrat stellte daher auch dem Botschafter gegenüber mit Bemerkungen fest, daß die französische Regierung sich in innerdeutsche Angelegenheiten nicht einzumischen beabsichtige, sondern lediglich ihren Standpunkt über die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenarbeiten der beiden Mächte auf Grund des Friedensvertrages vertreten habe.

## Das Ende der britischen Reichskonferenz.

In London ist am Donnerstag die britische Reichskonferenz zu Ende gegangen. Ihre Beratungen galt der Frage, durch Erschließung und Erweiterung von Märkten für englische Industriewaren in den Kolonien und Dominionen der Arbeitslosigkeit in England abzuwehren. Zu einem positiven Ergebnis haben die Verhandlungen nicht geführt, da die englische Regierung mit Rücksicht auf die Gefährdung der englischen Waren die von Australien und Kanada verlangte Konzession für den vermehrten Export von Industrieartikeln aus dem Mutterlande, Einfuhrzölle für die aus Amerika stammenden billigeren Agrarprodukte vorzuschlagen, abgelehnt hat. Die Teilnehmer einigten sich auf den Beschluß, durch einen ständigen Reichswirtschaftsrat die Handels- und Verkehrsverhältnisse einheitlich zu regeln.

## Rücktritt Havensteins.

Das Versagen der Reichsbank auch während der jüngsten Vorgänge hat die Frage des Abgangs Havensteins wieder akut gemacht. Wie in parlamentarischen Kreisen mit Bestimmtheit verlautet, wird der Reichsbankpräsident Havenstein nunmehr von seinem Posten zurücktreten und durch einen Direktor einer großen deutschen Bank ersetzt werden.

Damit würde endlich einem skandalösen Zustand ein Ende gemacht, der die deutsche Republik im Innern und nach außen geradezu der Lächerlichkeit überantwortet hat. Das Verbleiben Havensteins nach all den berechtigten Angriffen der vergangenen Monate ist, mit Ausnahme einer dünnen Volksklassensicht, von niemand gebilligt worden, zumal auch in den letzten Wochen, bei all den verschiedenen Währungsmaßnahmen, ein bürokratisches Versagen der Reichsbank festgestellt werden konnte, die mit zu der katastrophalen Entwicklung der jüngsten Zeit beigetragen hat.

## Weitere Markbesserung im Ausland.

Die Berliner Börse nahm die Nachrichten über die Ereignisse in München ruhig auf. Der Börsenparkett, der bei Beginn des offiziellen Verkehrs zu einer Sitzung zusammentrat, um die eventuelle Stilllegung der Börse zu erwägen, einigte sich deshalb dahin, keine Meinungen einzutreten zu lassen.

Die Befürchtungen, die man hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Marktkurses im Auslande gehegt hatte, haben sich nicht erfüllt. Es liegen bereits von den heutigen Auslandsbörsen Marktkurse vor, die erkennen lassen, daß die gestrige Besserung heute noch anhält. Das gilt besonders von Zürich. Wenn sich trotz der besonnenen und ruhigeren Auffassung der Börse am Effektenmarkt vorwiegend Kurssteigerungen ergaben, so haben diese ihren Grund in der Hauptsache darin, daß durch die niedrigere Bewertung der Devisenkurse bei den jetzigen Effektenkursen sich verhältnismäßig hohe Goldmarkpreise ergaben. Diese Disparität wirkte für weite Kreise anreizend zum Verkauf. Allerdings ist das Angebot keineswegs dringend, es handelt sich zum Teil auch um Verkäufe von Handels- und Industriefirmen, die durch Abstoßung von Effekten sich flüssige Mittel für Lohnzahlungen zu verschaffen suchen. Am Geldmarkt zeigt sich nach wie vor eine scharfe Anspannung.

## Eine rheinische Goldnotenbank.

Der Rheinische Provinziallandtag hat den Plan einer rheinischen Goldnotenbank genehmigt. Ueber die Statuten des neuen Goldinstituts erfahren wir, daß eine Höchstdividende von 6 Proz. vorgesehen ist. Die Zahlungsmittel sollen in kleinen und kleinsten Stücken ausgegeben werden. Der Geschäftskreis ist durch die Bestimmung beschränkt, Geldgeschäfte mit Staaten und Ländern dürfen nicht abgeschlossen werden. Dagegen ist es der Industrie freigestellt, gegen wertbeständige Unterlage Kredite aufzunehmen. Von Bedeutung ist die Wertbeständigkeit der Industriekredite. Bekanntlich kann sich ja die Berliner Regierung immer noch nicht von ihrem Plan trennen, die Rentenmarkkredite an die deutsche Industrie usw. nicht wertbeständig zu gewähren.

## Forderung der Devisenverordnung.

SPD. Die neue Verordnung über die Aenderung der Devisen-gesetzgebung bringt eine bedauerliche Forderung der Verordnung gegen die Devisenpekulation. Dem Kleinhandel ist es in Zukunft erlaubt, Preisstellung in ausländischer Währung vorzunehmen. Auch fällt das bisherige Verbot der Bezahlung in Devisen fort. Jedoch ist es nicht gestattet, die Bezahlung in Devisen zu verlangen. Einkommende Devisen können binnen einer Woche nach Empfang zur Bezahlung von Waren, aber nicht zur Gehaltszahlung verwendet werden. Eine Meldung an den Devisenkommissar ist nicht mehr erforderlich. Außerdem bringt die Verordnung eine Reihe Bestimmungen für Devisenbanken. Sie sollen nun leider nur geeignet zu sein, das Treiben jener Banken zu fördern, die aus den Kurssteigerungen für Auslandszahlungsmittel ein Gewerbe gemacht haben.

## Geldmangel als Grund des Putsches.

Wie wir zuverlässig erfahren, beruht der Münchener Putsch auf einem Beschluß der hitlerischen Kampfverbände in München. Dieser Beschluß kam am Donnerstag nachmittag zustande. Er ist in erster Linie auf den Geldmangel innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung zurückzuführen. Im Verlauf der Sitzung wurde wiederholt auf die Einstellung der Geldlieferungen durch die bayrische Industrie Bezug genommen. U. a. lag der Führer der Kampfverbände eine Beschwerde der Ehrhardt-Brigade, die gegenwärtig bekanntlich als Grenzschutz an der thüringisch-bayrischen Grenze liegt, vor. Nach dieser Beschwerde zu urteilen, ist die Ehrhardt-Brigade zurzeit vollkommen mittellos und auf Requisitionen angewiesen. Diese Tatsachen führten hauptsächlich zu dem Beschluß, den Putsch durchzuführen. Einzelne Berliner Stellen sind von der Putschabsicht durch die Münchener Nationalsozialisten in Kenntnis gesetzt und gebeten worden, durch eine selbständige Aktion den Münchener Putsch zu unterstützen.

## Der Weg der Volkspartei.

Unter dem Eindruck des Münchener Putsches hat der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei erneut einen Sieg zu verzeichnen. Die Reichstagsfraktion der Volkspartei war am Freitag nachmittag erneut zur Beratung der innerpolitischen Lage und der Frage der Umbildung der Regierung Stresemann zusammengetreten. Gegen 17 Stimmen beschloß die 65 Mann starke Fraktion, ausgerechnet am Tage nach dem rechtsradikalen Putsch, gegen einen Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung keine grundsätzlichen Einwendungen zu erheben. Aus diesem Beschluß spricht lediglich die schlotternde Angst, die Deutsche Volkspartei als Regierungspartei im Reiche möchte in Berlin einer ähnlichen Belastungsprobe durch völkische und deutschnationalen Umstürzler ausgesetzt werden wie die Bayerische Volkspartei in München. Bei den wirklich verfassungstreuen Anhängern unter den Volksparteilern herrscht, wie wir zuverlässig erfahren, zumal außerhalb der Fraktion, Befürchtung über diesen Entschluß, den Verherrlichern des Staatsreiches in München die Hand zum gemeinsamen Laufen zu reichen. Der Entschluß des Reichstages wird jedoch nur eine neue Abschlus für die nach rechts schielenden Volksparteiler sein; denn die Deutschnationalen denken nach dem Münchener Vorgang erst recht nicht daran, sich mit der Volkspartei zusammen der Verantwortung im Reiche zu unterziehen. Was sie wollen, ist die illegale Diktatur, ein Nachregiment ohne Parlament, und dann — Krieg gegen Frankreich!

## Die Ermäßigungsfrage beim Lohnabzug.

Die Vertriebsminderungsfrage für die Ermäßigungen beim Lohnabzug ist für die kommende Woche vom 11. bis 17. November auf 300 000 festgesetzt worden. Diese starke Erhöhung von 15 000 auf 300 000, also um das 20fache, ist vor allem deshalb erfolgt, weil in den letzten Wochen, trotz der automatischen Anpassung der Ermäßigungsfrage an die Geldentwertung der Lohnabzug stets über die vereinbarte Höhe von durchschnittlich fünf Prozent hinausgegangen ist. In eingehenden Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium hat diesmal die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durchgesetzt, daß eine wesentlich stärkere Erhöhung der Vertriebsminderungsfrage erfolgt, sobald der Lohnabzug in der kommenden Woche sehr niedrig sein wird.

Im einzelnen bleiben in der kommenden Woche folgende Einkommensteuerbeträge steuerfrei:

Existenzminimum für Mann und Frau je 518,4 Milliarden für jedes minderjährige Kind . . . . . 3456,—  
zur Abgeltung der Werbungskosten . . . . . 4320,—

Für einen ledigen Steuerpflichtigen beginnt daher die Steuerpflicht erst, wenn sein Wocheneinkommen mehr beträgt als 4838,4 Milliarden Mark, für einen verheirateten Steuerpflichtigen ohne Kinder erst bei einem Einkommen von 5366,8 Milliarden. Für jedes minderjährige Kind erhöht sich dieser Betrag um 3456 Milliarden Mark. Kurzarbeiter sind ebenfalls erst steuerpflichtig, wenn ihr Wocheneinkommen die vorgenannten Beträge übersteigt.

Die Errechnung der Lohnsteuer bei einer vierköpfigen Familie ist in der kommenden Woche wie folgt vorzunehmen:

1. Angenommen, ein Arbeiter verdient in der Woche vom 11. bis 17. November 20 Billionen Mark. Die Errechnung seines Steuerabzuges ergibt dann:

Der 10prozentige Abzug beträgt 2 000 000 Millionen

Davon gehen folgende Ermäßigungen ab:

Existenzminimum für Mann und Frau

zum. 2mal 51 840 Mill. = 103 680 Mill.

für 2 minderjährige Kinder

2mal 345 600 Mill. = 691 200 Mill.

zur Abgeltung der Werbungskosten = 432 000 Mill.

zusammen 1 226 880 Millionen

Es bleibt an Steuer zu zahlen 773 120 Millionen

Die steuerliche Belastung beträgt somit 3,86 Proz.

## Goldgehälter im Versicherungsgewerbe.

SPD. Durch einen Schiedspruch des Reichsschiedsrichters für das Versicherungsgewerbe ist für die Angehörigen ein Monatsgehalt in Goldmark festgesetzt worden, das sich zwischen 46,60 und 103,80 M. bewegt. In der ersten Novemberwoche sollen 10 Prozent und in der zweiten Novemberwoche 20 Prozent in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt werden. Wenn in Papiermark gezahlt wird, ist der Kurs der Berliner Börse am Tage vor der Auszahlung maßgebend. Weiter bestimmt der Schiedspruch, wöchentliche Lohnzahlungen.

## Die Unterstufungsfrage für Erwerbslose.

SPD. Die wöchentlichen Unterstufungsfrage für Erwerbslose betragen im unbefestigten Deutschland für die Zeit vom 5. bis 11. November in Ortsklasse A: für Männer über 21 Jahre 135, unter 21 Jahre 81, für Frauen über 21 Jahre 108, unter 21 Jahre 63, als Familienzuschläge für den Ehegatten 48, für jedes Kind oder jeden sonstigen unterhaltspflichtigen Angehörigen 40 Milliarden Mark. In Ortsklasse B sind für die gleichen Gruppen zu zahlen: 126, 76, 101, 59, 45, 38; in Ortsklasse C 117, 71, 94, 55, 42, 36; in den Ortsklassen D und E 108, 66, 87, 51, 33, 34. Die Familienzuschläge dürfen insgesamt den einfachen Hauptunterstützungssatz nicht übersteigen. Im befestigten Gebiet darf zu sämtlichen Sätzen ein Zuschlag von 12 v. H. gewährt werden.

## Weimar von Reichswehr besetzt.

Weimar, 8. November.

Das Presseamt Thüringen teilt mit: Heute vormittag um 9 Uhr rückten Reichswehrruppen aller Waffengattungen mit klingendem Spiel in Weimar ein. Nachdem der Einmarsch der Truppen bereits erfolgt und u. a. auch der Platz vor dem „Fürstenhause“ — in dem sich der Landtag und das thüringische Ministerium des Innern befinden — von einer Maschinen-gewehrabteilung besetzt und abgesperrt worden war, erschien beim Vorstehen der thüringischen Staatsregierung, Staatsminister Frölich, ein Offizier der Truppe mit dem der Landesregierung zugeteilten Verbindungsoffizier, um Meldung zu erstatten, daß Reichsmehr in Weimar einrückte und noch weitere Truppenabteilungen nachfolgen würden. Weimar werde militärisch zerniert werden, um unerwünschten Zustrom von außen fernzuhalten. Generalleutnant Hasse, der Kommandeur der nach Thüringen entsandten Reichswehreinheit, werde gegen 11 Uhr eine Parade der Truppen abnehmen und gegen 12 Uhr beim Vorstehen des thüringischen Staatsministeriums vorprechen.

## München und Rom.

SPD. München, 8. November. (Eig. Draht.)

Das Konkordat zwischen Bayern und dem päpstlichen Stuhle wird in allerhöchster Zeit zustande kommen. Der bayrische Landtag wird sich sofort nach seinem Zusammenritt Anfang Dezember damit befassen, wenn die Reichsregierung ihre Zustimmung zum Abschluß des Konkordates erteilt hat. Die Bayerische Volkspartei und die von ihr getragene Regierung stehen dabei auf dem Standpunkt, daß dieses Konkordat ein hervorragendes Merkmal der wiedererstrebenden Selbständigkeit Bayerns sein wird, umfomehr, als es sich um einen qualifizierten Staatsvertrag mit einer auswärtigen Macht handelt.

## Hitlers Geldgeber.

Wie der „Soz. Parlamentsdienst“ erzählt, kommen als Geldgeber der nationalsozialistischen Organisation in Bayern u. a. die Württembergische Metallwarenfabrik in Geislingen und die Daimler-Werke in Untertürkheim in Frage. Außerdem hat eine weitere württembergische Firma, deren Name noch nicht endgültig feststeht, große finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Unausgeklärt ist ferner noch, in welchem Maße bekannte deutsche Industrielle der Hitler-Organisation zur Vorbereitung der Umsturz-bewegung in Deutschland Geld zur Verfügung gestellt haben. Sicher ist aber schon jetzt, daß bekannte Industrielle Geld bereits

# Monarchenspiegel.

Aus den Erinnerungen eines Hofmarschalls.

In diesen Tagen, in denen das Schlagwort von der „nationalen Diktatur“ umgeht, wird es fünf Jahre, seit eine stählerne nationale Diktatur eben zugrunde ging: die Regierungsjahre Wilhelm II. Sehr zur Zeit erkeht daher bei der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart ein neues Buch: „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof. Aufzeichnungen des Grafen Robert Zedlitz-Trübschler, ehemaligen Hofmarschalls Wilhelms II.“

Ein Mann, der sich zwölf Jahre in der nächsten Nähe des Allmächtigen aufhielt, entwirft hier ein Bild des letzten deutschen Kaisers, wie es widerwärtiger und abstoßender kaum gedacht werden kann. Um einen gekrönten Großsprecher, Schimpf- und Kaufbold, einen größtenteils sinnlosen Verschwender gruppiert sich in der Darstellung des Grafen Zedlitz-Trübschler ein Hofgeschmeiß, das alle wörtlichen und körperlichen Beleidigungen — an Schlägen fehlte es nicht — mit ersterbender Ergebenheit hinnimmt, allen allerhöchsten Befehlen Ansturm desotestet weiterwähnt und sich mit Handkläffen Günst zu erwerben sucht. „Alia trahit!“ Das Wort fällt in diesem Zusammenhang. Es ist eine ungerechte Beleidigung des Adels von heute.

„Die Verfassung habe ich nie gelesen und kenne sie nicht.“ „Scheitern müssen sie zahlen, bis sie schwarz werden.“ „Zeitungen lese ich überhaupt nicht. Was diese Schatzkammer schreiben, ist mir gleichgültig.“ „Ein solches Lumpenpaar soll man nun regieren. Sie sind eben absolut nicht reif für eine Verfassung.“ Wenn es jetzt in den Zeitungen nicht aufhört, schide ich einen Hügeladjutanten hin und lasse einen Redakteur totschießen.“ „Ja, das ist es ja, meine Untertanen sollten einfach tun, was ich ihnen sage; aber meine Untertanen wollen immer selber denken und daraus entstehen dann alle Schwierigkeiten.“ Wahrhaftig, jeder Zoll ein gekrönter Diktator!

Aus Anlaß des Straßenbahnerstreiks im 1900 und der mit ihm verbundenen geringfügigen Unruhen gelangt an das General-Kommando des Gardebataillons folgendes Telegramm: „Ich erwarte, daß beim Einschreiten der Truppen mindestens fünf Hundert Leute zur Strecke gebracht werden.“ Bei der Befestigung einer vom Hofstaatskanzler Friedrich II. erbauten Burg ergeht die Weisung an die Umgebung: „Ja, wenn man denkt, was dieser große Kaiser alles geleistet! Aber, wenn ich euch ebenso peitschen und läppchen lassen könnte, dann würde ich auch mehr schaffen können.“

Angesichts dieser Selbstzeichnung klingt das Wort aus dem Munde der Mutter noch schonend: „Glauben Sie mir nicht, daß mein Sohn etwas aus irgend einem andern Motiv als dem der Eitelkeit tut.“

Das ganze Buch ist ein ewiges Händeringeln. Der Hofmarschall hört die unglücklichsten Ausprüche, z. B. wie der Kriegsminister und der Chef des Militärkabinetts: „Ihr alten Schatzkammerköpfe!“ angesprochen, oder wie ein angehender schlesischer Magnat bei der feierlichen Begrüßung: „Sie altes Schwein!“ tituliert wird. Er steht, wie Offiziere am Ohr gezogen und auf den Rücken geschlagen werden, wie ein älterer Herr „zum Spaß“ in den Schnee geworfen und mit dem Kopf mehrmals hineingetunkt wird. Er selbst erleidet die unglücklichsten Grobheiten und erlebt es, daß ihm — wegen eines auf den Teppich gestreuten Schenkerstoffs — die kaiserliche Faust unter die Nase gehalten wird.

Der Mann, der in so blöder Weise krautmetert, ist nach dem Urteil des Beobachters eigentlich „schwach und weich“. Er ist ein ewiges Kind, und „weiche dem Reich, das ein Kind regiert“. Aus Anlaß der Novemberkriege von 1908 vergießt er bittere Tränen und beauftragt den Kammerdiener Schulz, dem Reichskanzler telephonisch mitzuteilen, daß er abdante.

Hätte es geholfen, wenn der Kammerdiener Schulz seinen Auftrag ausgeführt hätte? Das ist einermassen zweifelhaft, denn der gleichfalls sehr „kindliche“ Kronprinz vertrat eben damals die Ansicht, daß nur ein Krieg Deutschland aus seinen inneren Verlegenheiten retten könne.

In der Kunst, aus wärtige Politik zu treiben, war bekanntlich Wilhelm II. keiner über. Ausländische Fürstenbesuche werden mit „spasshaften“ Handgreiflichkeiten bedacht, daß es nur so knallt. Auf eine Frage, wie die englische Vertretung zu erklären sei — der Kaiserin war aus London zum Geburtstag

nicht gratuliert worden —, erklärt der englische Botschafter lachend: Wenn er alles nach London berichtet hätte, was Seine Majestät über England zu ihm gesagt habe, dann hätte es wohl schon zwanzigmal Krieg gegeben.

Bei einem Paradeergreifen in Dberitz, Juni 1908, äußerte sich der Kaiser vor dem russischen General Tschitschew: „Er wisse wohl, daß man uns einkreuzen wolle, aber der Germane habe nie besser gefochten, als wenn er von allen Seiten angegriffen wurde. Und sie sollten nur kommen!“

Zu alledem schweigt das Hofgeschmeiß. Zu alledem sagen die Minister: „Zu Befehl, Euer Majestät.“ Offiziere küssen die Hände. Dazwischen wird getuschelt und geraunt. Staatssekretär von Tschitschew: „Unter dem Kaiser leiden wir alle, er ist das uns anferleste Kreuz.“ Bülow stöhnt, was er alles wieder in Ordnung bringen müsse. Der Hofmarschall selbst bemerkt (7. Juni 1907, also elf Jahre zuvor): „Man sollte meinen, eine ganze Welt müßte binnen kurzem zugrunde gerichtet werden, wenn ihre Geschicke so gelenkt werden.“

Das alles jahren, wüßten die unterrichteten Kreise des Auslandes. Das deutsche Volk wußte es nicht. Ihm blieb die Verion des Allerhöchsten durch eine Weihrauchwolke verborgen. Was aber mußte die Welt von einem Volke denken, das sich so regieren ließ? Der Fanatismus, mit dem sie vier Jahre lang dagegen kämpfte, daß dieses System den Sieg gewann, wird einem auf einmal bis zum Grauen verständlich. Auch der Ausspruch Walter Rathenaus: An dem Tag, an dem Wilhelm II. als Sieger durch das Brandenburger Tor ritte, hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren.

Doch ein Wort der Gerechtigkeit! Dieser Mensch trug ja keine Schuld daran, wie er war. Er trug keine Schuld daran, daß ihn der blöde Zufall der Geburt auf einen der höchsten Throne der Welt gerufen hatte. Bei jeder Selbstkritik, glaubte er, sein Volk herrlichen Zeiten entgegenzuführen zu können. Ohne seinen Purpur war er ja doch nur ein armer Narr.

Verbrecher an der Nation waren diejenigen, die wußten, was war, und die es nicht rechtzeitig änderten. Die diesen Mann regieren ließen, weil sie von seinem Sturz den Verlust der eigenen Vorrechte und Privilegien fürchteten. Die Eigenlust der Herren-klasse und die Feigheit des Bürgertums haben Deutschland in den Abgrund stürzen lassen.

Diese Leute aber sind es, die heute im Namen der „nationalen Diktatur“ ihre Herrschaft neu befestigen wollen.

„Despotismus bedeutet für ein Land früher oder später Schwäche. So verlockend es erscheint, alle Fäden in der Hand eines Mannes zu vereinigen, dessen Kopf nur gerechte, kluge und weitaussehende Gedanken hat, so wirksam und norteilhaft eine solche Regierung auch sein müßte, der Geschichtskenner weiß, daß es solche Männer nur sehr selten gegeben hat und geben wird, und daß sich die Mehrzahl der Menschen durch unbegrenzte Macht zu Handlungen verleiten läßt, die dem Ideal nicht entsprechen, ja ihm direkt entgegenstehen. Welche Gefahr ist es daher, wenn viele Millionen Menschen vertrauensvoll ihr Schicksal in eines einzelnen Hände legen müssen...“ So schreibt am 14. Mai 1910 der Hofmarschall Wilhelms II. in sein Tagebuch.

Fünf Jahre Republik haben dreißig Jahre „nationaler Diktatur“ und ihre grauenvollen Folgen noch nicht auszuschließen vermocht. Jetzt muß ein Hofmarschall Seiner Majestät kommen, um jenen Volksteilen die Augen zu öffnen, die am Herrenfuß der Schuldigen von einst aufs neue dem Abgrund entgegenzueilen!

## Vor einem Bankbeamtenstreik.

W.D. Die deutsche Wirtschaft steht erneut vor der Gefahr eines Streiks der Bankbeamten und Angestellten. Der schon seit langem dauernde Konflikt zwischen den Banken und ihren Beamten und Angestellten hatte durch einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums eine vorläufige Schlichtung erfahren in einem Tarif, der jedoch schon wieder zum 3. November von den Bankleitungen als „untragbar“ gekündigt worden ist. Seitdem besteht ein tarifloser Zustand, der ganz unhaltbare Verhältnisse ge-

schaffen hat. So erhält z. B. ein 20jähriger Bankgehilfe für die laufende Woche am Sonnabend 687 Milliarden ausbezahlt, d. h. einen deutschen Dollar. Die Bankbeamten haben ihre Forderungen in einem neuen, auf Goldbasis aufgestellten Tarif erhoben. Die ursprünglich vorgesehenen Mindestgehälter von 125—350 Goldmark wurden nachträglich auf 100—300 Goldmark ermäßigt. Da die Banken diese Forderung ihrer Angestellten ablehnten, haben die beiden Organisationen, der Allgemeine Verband der Bankbeamten und der Reichsverband der Bankangestellten eine Abstimmung über den Streit beschloßen, die im ganzen Reich durchgeführt wird.

## Russlands Getreidehilfe für Sachsen.

Ein großer kommunistischer Schwindel.

Dresden, 7. November.

Der abgelegte kommunistische Finanzminister Böttcher hatte bekanntlich dem Landtag und der Öffentlichkeit viel erzählt vom dem unmittelbar bevorstehenden Abschluß eines Vertrages zwischen Sachsen und Rußland über Austausch von russischem Getreide gegen sächsische Industrieerzeugnisse. Heute stellt es sich heraus, daß das große Schwindel war. Im Hausparlament des Landtages teilte die Regierung mit, daß sich Rußland bisher nur bereit erklärt habe, Getreide zum Tagesbörsekurs (!) zu liefern. Von irgendwelchem Austauschvertrag und irgendwelchem Entgegenkommen gegen Sachsen und gegen die damaligen kommunistischen Minister war also nicht die allgeringste Rede. Der Hausparlamentarismus beauftragte die Regierung, mit den Vertretern der russischen Regierung zu verhandeln, um festzustellen, welches Entgegenkommen Rußland zeige.

## Bedertwucher.

Auf der Berliner Hantauktion kam es am Mittwoch infolge der enormen Preissteigerung zu heftigen Szenen. Für leichte Ochsen, Kuh-, Känder- und Färshäute wurde ein Preis von 504 bis 800 Goldpfennigen gefordert. Das ist ungefähr der zehnjährige Friedenspreis. Das war selbst den Großhändlern, die doch im Wucher keine Kinder sind, zu viel. Es kam zu Tumulten, sodaß die Schupo die Börse räumen mußte. Die Auktionskäufer trugen sich nun mit dem Plan, die Berliner Auktion zu boykottieren.

Die Vorgänge auf der Berliner Hantauktion stehen keineswegs vereinzelt da. Bereits seit zwei Wochen zeigt die Berliner Getreidebörse, wie man das Volk auspowert. Im übrigen können wir nur feststellen, daß ganz allgemein im Handel die Preise die Goldparität bei weitem überschritten haben. Der Handel kann sich eben nicht von der alten lieben Inflationsgewohnheit trennen. „Einlandspreise“ zu nehmen, d. h. übermäßige Zuschläge einzukalkulieren. Gegenüber diesem ausgesprochenen Wucher scheint die Regierung passiv bleiben zu wollen. Herr Koeth, der gegenwärtige Wirtschaftsminister, hat allerdings am Donnerstag ein Rundschreiben an die Länder gerichtet, gegen die Preissteigerung auf Goldmarkbasis vorzugehen. Außerdem hat er Besprechungen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft in die Wege geleitet, um moralisch gegen den Wucher zu Felde zu ziehen. Herr Koeth dürfte selbst nicht glauben, daß er mit diesen unzulänglichen Mitteln auch nur einen kleinen Erfolg erzielt.

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Sebert für Preßsachverhältnisse und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



die beste Milch-Schokolade

## Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.  
Von Leon Frapic.

81. Fortsetzung.

Zwei Wochen vergingen; das Warten machte die unerträglichen Stunden immer ungeduldiger. Die Leute neigten schließlich dunkel zu der Überzeugung, daß Sulette der Eigensinn erlag, nicht niederzukommen. Sie wurden ihrerseits hartnäckig. Scharfe Augen hefteten sich auf die geschlossenen Türen, Unterkiefer hoben sich gegen die unüberwindliche Mauer vor.

Sulettes Mutter kroch schließlich in sich zusammen; sie fühlte die Menschen, die Dinge, die Luft, das Licht, die greifbare und nicht greifbare Gesamtheit, welche in Erwartung auf dem Hause, auf ihrer Person selbst, lastete.

Sulette empfand, im Dunkel zusammengekauert, die feindliche Ueberwachung durch die Wände hindurch.

Sie erfuhr von neuem, das Dienstmädchen war ein außerhalb des allgemeinen Gesetzes stehendes Geschöpf. Nicht genug, daß sie als Fremde bei ihren Herrschaften in der Stadt figuriert hatte, sie war sogar im eigenen Dorfe heimatlos geworden. Hier erwarteten sie noch wütende Feindschaften, nachdem sie soviel darunter gelitten hatte, beargwöhnt und ohne Liebe fern vom Hause zu leben.

Kein Dörfler, nicht einmal ihre Jugendgepielinnen, betrachteten sie als eine Bekannte, Kameradin, ein Wesen wie sie; sie war ein „Dienstmädchen“, und was ihr zutraf — dieses Unglück, diese so natürliche Prüfung —, wurde nicht als Ergebnis eines gewöhnlichen Menschen angesehen; das nannte man Dienstmädchenabenteuer, ungewöhnlich und hassenswert.

Sulette dachte nach; eine einzige Zukunft, ein einziger milder Trost würde ihr bleiben: das Kind. In ihrer Mutterhaft lag die Rettung.

Ja! Die Rettung. Denn mit Entsetzen sah Sulette, daß sie als ein abseits stehendes, nicht zu den Menschen mehr zählendes Geschöpf behandelt wurde. Sie erlangte die den Dienstmädchen eigene Fähigkeit, die allgemeine Mißbilligung mit einer entsprechenden Bösartigkeit zu erwidern.

Wenn fremde Leute, denen sie nichts getan hatte, aber andre, welche sie als harmlos kannten, sie ohne weiteres mißachteten, — so fühlte sie notwendig in sich den Trieb erwachen, sich an Leuten, die sie nicht kannte, die ihr nichts würden getan haben, welche sie schämen würde, zu rächen.

Zum Glück mußte sie das Kind wieder mit der Welt auslösen, die Rolle der Mutter in die menschliche Gemeinschaft zurückzuführen.

Während der Nacht kamen gute Anwandlungen über sie; wenn ihr ganzer Körper durch die bevorstehende Entbindung aufgewühlt wurde, stützte sie ihren Kopf ärtlich aufs Kissen und dachte scharf nach.

Ja, ja, sie wollte ein treuergebener Diensthofe bei wohlwollenden und verständnisvollen Herrschaften sein — wie es die

Kolliens waren, bei Gott! es fehlte an solchen nicht —, denn sie fühlte sich jetzt als ein vollendetes Weib, als Weib, das mit der ganzen Menschewürde ausgestattet worden; als eine Mutter! Und die Herrschaften würden ihre die Persönlichkeit ungeachtet, von dem Namen Sulette angefangen, lassen: „Mama Sulette“ jagte man dann. Sie würden sich hüten, aus ihr ein namenloses Geschöpf, irgend eine „Marie, das Dienstmädchen“ zu machen. Bei Gott! sie nahmen ja nur ihr eigenes Interesse wahr; statt eine Marie, eine Figurantin, eine feindselige, zum wenigsten gleichgültige Lohnarbeiterin zu haben, besaßen sie eine Mitarbeiterin, eine an ihrem Wohlbefinden beteiligte Gehilfin.

„Nun muß es soweit sein!“ wiederholten die Dorfswohner in der dritten Woche.

Und wirklich haben sie, gleichsam als erste Abzahlung, die Hebamme eines Abends bei der Brugnotte ins Haus treten. Aber sie ging erst wieder mitten in der Nacht, ohne daß man sie austragen konnte.

Gleichwohl fühlten sie das Erzittern der Geduld, die bald belohnt werden soll, die allgemeine Vorbereitung für den Ansturm, das in Anbetracht der nahen Beute heftiger werdende Fieber.

„Es mußte also bald sein!“

Im zweitnächsten Tage kehrte die Hebamme am Morgen zurück, und plötzlich wurde die Neugierde bekannt: Sulette war von einem völlig lebensfähigen Knaben entbunden worden, der aber nach zwei Tagen, ohne laugen oder trinken zu wollen, starb. Man hatte alle Mittel respektlos versucht; das Kind sträubte sich mit derselben Heftigkeit, wie andre Neugeborene ihre Gier äußern. Die Hebamme hatte niemals eine ähnliche Weigerung zu leben, konstatiert. Sie schrieb diese „Abneigung gegen das Leben“ der von Sulette auf ihrer Heimkehr durchgemachten Angst zu.

Jetzt hörte der Groll augenblicklich auf; eine plötzliche Entspannung befreite die Blicke und die gegen das verhoffene Haus gerichtete Wut. Es schien den Leuten, als wäre ihnen nur das Kind hätte gewesen.

Das launische, unbeständige Volksempfinden nahm eine unerwartete Richtung.

Die Dörfler waren hinsichtlich ihrer selbst und Sulettes, zufolge einer seltsamen Vermischung von Bosheit und Mitleid, befriedigt.

Für ein Dienstmädchen ist es so bedauerlich, ein Kind zu haben! Jetzt konnte Sulette in Paris ihren Dienst wieder beginnen, wie wenn sie unberührt hinkäme.

In dieser Hinsicht wurde Sulette abermals als ein ganz abgeordnetes, von andern Frauen verschiedenes Geschöpf betrachtet, der mütterlichen Gefühle bar. Sulette erhielt fast von ihrem Schicksal in Paris gereinigt, und das Dorf wurde nicht durch eine schimpfliche Geburt verpelet.

Ein Kind war gestorben; ein unendliches Wohlgefühl erlangter Genugtuung verbereitete sich unter der Bevölkerung. Eine Beklemmung schwand aus den Herzen, man atmete richtig auf; alles, was sich Bedrückendes, Untröstliches aufgehäuft hatte, löste sich in Segen auf.

Ein Kind war gestorben; man lächelte sanftmütig, nach dem Hauke der Brugnotte hin, der Brugnotte selbst zu, so daß diese nicht zögerte, ihre Türen und Fensterläden wieder zu öffnen. Und die Hebamme ging überall hin, Verschönerung verbreitend: „Na, 's ist gut! Sehen Sie, es ist tot.“

Die Mehrzahl der Landleute kam, wie es bräuchlich, einen Augenblick hin, um die Leiche anzusehen. Sie war auf einen Stuhl beim Fenster gebettet, in derselben Kammer, in Sulette lag.

Die Brugnotte sah wie eine Händlerin bei dem Korb, mit geträumtem Rücken, die Hände bewegungslos auf ihrer blauen Schürze. Sie brachte immer ein und dieselbe Wendung hervor: „Man darf nicht hin zu Sulette, die Hebamme hat es streng verboten.“

Die Leute gaben sich mit einem flüchtigen und unparteiischen Blick auf die Wächlerin, deren Gesicht in einem Gemirr von Haaren fast verschwand, zufrieden; sie traten vor dem Stuhl mit der Beine hin und her, mit schüchternem, heiterem Ausdruck, mit einer Kopfbewegung, welche keine sehr strenge Gerechtigkeit beanspruchte, bei der geringsten Spur von Nachgiebigkeit entwarfnet gewesen wäre. Sie gingen dann weg, schon auf der Schwelle die Richtung der Wolken prüfend und an ihre Ernten denkend.

Sulette blieb zwei Tage, den auf dem Kissen ruhenden Kopf nach dem Fenster gerichtet, ohne sich zu rühren, mit festgeschlossenen Lippen liegen, um in den Windel zu sterben, wo das zusammengegrumpfte, geträumte Geschöpfchen lag, welches zuviel Furcht gehabt und nicht hatte leben wollen.

Unaufhörlich richtete sie den Blick dahin, der während zweier Tage den gleichen Ausdrud behielt.

Sulette erholte sich nur sehr schwer. Sie hatte jetzt ein beunruhigendes Dienstmädchengefühlt, ein erstaunlich gleichgültiges, undfeindbares, Züge, in denen das Gefühl für immer vernichtet zu sein schien.

Ihre Beine gewannen erst nach langer Zeit die Sicherheit wieder und sie befiel eine leise, verflohtene Art zu gehen, sich zu benehmen, bei, welche auffiel. Ihr Erheben in einem Hause erinnerte an die aufregende Szene in Melodramen, wo — die Schuldigen waren im Begriff, die Furcht ihrer Mißthat zu genießen —, lautlos, unvermutet eine gespenstische, die Straß verdrängernde Figur eintritt.

XXIV.

Im Juli verließ Sulette Mitterat, um wieder Stellung in Paris zu nehmen.

Gerade zu diesem Zeitpunkt lag es sich, daß junge Eheleute nach der Geburt ihres Kindes sich für die Notwendigkeit eines Dienstmädchens entschieden. Wirklich, man konnte sich nicht mehr mit einer Aufwartung begnügen.

Welche Freude, diesen soigen und blaushimmernden Hausbad zu besitzen und ihn in guten Verhältnissen liebevoll aufziehen zu können!

(Fortsetzung folgt.)

Verordnung.

- 1) Die Ausübung des mit verfassungsgemäß zustehenden Oberbefehls über die Wehrmacht des Reiches übertrage ich dem Chef der Wehrleitung von Seeckt.
2) In Abänderung meiner Verordnung vom 26. 9. 23. übertrage ich die vollziehende Gewalt anstelle des Reichswehrministers dem General von Seeckt, der alle zur Sicherung des Reiches erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat.
3) Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.
Berlin, den 8. November 1923.

gen. Ebert, Stresemann, Gessler.

Vorstehende Verordnung bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis. — Wer diese Verordnung böswillig abweist, beschädigt oder verunstaltet, wird mit den durch die Ausnahmeverordnung angedrohten Strafen bestraft.

Stettin, den 9. November 1923.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt gen. von Tschischwitz, Generalleutnant, Wehrkreis-Kommando II Ic 577/23 A. Z.

Das Polizeiamt

J. A. Schmidt, Polizeihauptmann.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 83 vom 10. November 1923 enthält:

Fünfter Nachtrag zu der Bekanntmachung vom 9. November 1912, betreffend die Prüfungsordnung für die zweite juristische Prüfung. — Verordnung, betreffend Aufwertung nicht rechtzeitig geleisteter fälliger Zahlungen. — Fünfter Nachtrag zu der Verordnung vom 28. November 1906, betreffend Vorschriften über die staatliche Prüfung von Krankenschwestern. — Fünfter Nachtrag zu der Verordnung vom 19. Februar 1919 über die staatliche Prüfung von Säuglingspflegerinnen.

Die Gas-, Elektrizitäts- u. Wasserpreise

betragen vom 11. bis 14. November d. Js.: für Gas 88, Lichtstrom 66, Kraftstrom 44, Wasser in Lübeck 18 bzw. 36, in Travemünde 18, heizbare Räume mit Leitung 27 ohne Leitung 9 Milliarden.

Gutachten-Vortrag zu diesen Preisen und nützlich bis 12. Januar 1924 am Montag dieser Woche. Die Preise für den Dienstag-Vortrag werden bei notwendiger Veränderung noch bekanntgegeben.

Städtische Betriebe.

Lübecker Straßenbahn.

Fahrtpreise ab 11. November 1923:

- a) Einzelfahrtseine: bis zu 2 Zonen ... 20 Milliarden, für 3 und 4 Zonen ... 30, für 5 und mehr Zonen ... 40.
b) Monatskarten: bis zu 2 Zonen 2mal. Fahrt ... 550 Milliarden, 4mal. Fahrt ... 1600, für 3 u. 4 Zonen 2mal. Fahrt ... 1250, 4mal. Fahrt ... 2400, für 5 u. mehr Zonen 2mal. Fahrt ... 1650, 4mal. Fahrt ... 3200.
c) Jugendfahrtscheine: je 10 Milliarden.
d) Gepäckstücke und Hunde: 20 Milliarden.

Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrtscheine und Monatskarten für Behörden der Serie 5 sind bis einschließl. 12. November 1923 gültig und hat der Umtausch

- a) der Jugendfahrtscheine an unserer Hauptkassa, Mengstraße 26, Zimmer 3, im Büro der Verwaltung, Mengstraße 49a oder durch Brief.
b) der Behördenkarten an unserer Hauptkassa, Mengstraße 26, Zimmer 3 gegen Serie 6 zu erfolgen.

Lübeck, den 10. November 1923.

Städtische Betriebe.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn beträgt für die Woche vom 11. bis 17. November 1923: 300 000. Die einzubehaltenden Beträge sind auf volle Milliarden nach unten abzurunden.

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck, Abt. Ia für Bürg- und Verkehrssteuer.

Table with 2 columns: Öffentliche Zustellung, Name, Address, Court. Includes names like Ehefrau Anna Eggers, Ehefrau Hanna Senne, etc.

Wir empfehlen: Ia. mitteldeutsche Braunkohlen-Briketts

zum Preise von 2 Goldmark.

Meyer & Burmeister.

Hundestraße 76. — Telephon 1750.

Als Verlobte empf. sich Käthe Bruhn Max Schmidt Lübeck, November 1923. (8296)

Morgenhilfe gesucht. Sonntag frei. Schönböcker Str. 26 a. (8221)

Berufst. Dame sucht möbl. Zimmer, eventl. mit Klavier. Ang. unt. G 437 an die Exp. d. Bl. (8206)

Gesucht v. e. jg. Ehepaar zwei möbl. Zimmer am liebst. m. Kochgelehb. Ang. u. G 444 an die Exp. d. Bl. (8231)

1 Sofa Tisch zu verkaufen. (8229) Kottwitzstraße 33 a. I.

2 neue Freilaufnaben zu vert. Sebanstr. 26 a (8235)

30 Ferkel zu verkaufen Kläwer, (8223) Schwarzer Allee 125.

Neuer Hochwagen, 10 Ztr. Tragkraft gen. Korn oder Kartoffel zu vert. Arnimstr. 44 a II. (8213)

Habe gute Petroleum-Dängelampe zu verkaufen oder geg. Kartoffeln od. sonstige Lebensmittel zu vertauschen. (8217) Gloginstr. 17, part.

Eff. Ofen, Festhautele, pferd gegen Korn zu tausch. od. zu verkaufen. Ang. unt. G 442 an die Exp. d. Bl. (8173)

Dung oder Koninchen gen. Kartoffeln zu tausch. Fremppelsdorfer Allee 64. (8228)

1 Zentner Kartoffeln gegen Schautelepieß zu tauschen. (8190) Gansstr. 133, part. r.

2 Blockwagen - Räder und große Holzstir für Döhrnerfutter zu tauschen. Langer Lohberg 16, pt. (8214)

Damen - Halbschuhe, Gr. 41 gegen Gr. 38 od. Kartoffeln zu tauschen. (8218) Glandorferstr. 9 a, I.

Zeitungs-Austrägerin

für Rensefeld (8117) zu sofort gesucht bei guter Entlohnung. Zu melden bei: Giese, Rensefeld.

Allgemeine Ortskrankenkasse Lübeck.

Mit Wirkung vom 12. November 1923 treten folgende neue Lohnnormen und Beiträge in Kraft:

Table with 5 columns: Lohnklasse, Wochenlohn, Wochenbeitrag, Krankengeld bei Regelleistung, Zuschlag. Includes rows I to XII.

Der Anspruch auf die Leistungen nach diesen Grundlohn entsteht erst vom 26. November 1923 an. Für Beiträge und Leistungen ist der amtliche Mittelfuß der Berliner Börse vom Freitag der Vormonats maßgebend, beginnend am 9. November 1923. Lübeck, den 8. November 1923. Joh. Körner, Vorsitzender. A. Stendel, Schriftführer.

König kauft Felle

Beste Verkaufsstelle für Händler u. Jäger!

Karl König

Hamburg, Bergedorf, Leipzig, Zeughausmarkt 2, Kuhberg 2, Packhofstraße 3. Fernruf Merkur 5128, Fernruf Nr. 777, Fernruf Nr. 29 519. Eigene Fabrik für Pelzveredelung!

Wir liefern jede Menge, auch die kleinste, in Brennmaterialien

prompt und billigst frei Haus und ab Lager. Bei wertbeständiger Zahlung vorläufig 10 Prozent Rabatt. Maass & Co.

Kontor: Breite Str. 83 G. m. b. H. Lager: Falkendamm 8209. Telephon 8610 und 8604.

Militär-Stiefel, Gr. 29, gegen Arbeitschuhe, 42, zu vertauschen. (8226) Weierstraße 2b.

Zu kauf. neu. e. Ueberziekkoffer. Ang. m. Gr. u. G 443 an die Exped. d. Bl. (8224)

Verst. Sonntagsdienst. (8202) Dr. W. Voh, Wulferbahn 12, Fr. L. Wöhrig, Pferdewkt. 12, Dr. Schnoor, Schw. III 47

Brillanten große Objekte, Gold-, Silber-, Münzen-, Platin-, alte Gebisse kauft ständig Alfred Frick, Huxstr. 63.

Umtausch v. Gold- und Silber-Buch, Gebisse, einz. Zähne.

Willi Westfeiling, 32, Volkstr. 32

Roggen und Hafer wird geschrotet ohne Mahlerlust. (8204) Catharinenstr. 25

Der Neue Weltkalender von 1924

ist erschienen. Grundpreis 80 Bg. Buchhandlung des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46.

DAMENKLEIDERSTOFFE

in reichhaltiger und gediegener Auswahl empfiehlt zu konkurrenzfähigen Preisen, da direkt ab sächsischer Fabrik, F. Spethmann, Breite Str. 31 (im Hause Arnold Berg) 8211) Etagegeschäft.

Die Gasrechnungen sind zu hoch!

Was ist zu tun? Die Anschaffung des Sparkochers „Küchenlee“ hilft Ihnen aus allen Verlegenheiten. Stauend geringer Brennstoffverbrauch, Kostenlose, unverbindliche Besichtigung jederzeit. Billigste Fabrikpreise. Christianus & Co., Maschinenfabrik, Lübeck, Radenburger Allee 56. (8 95)

Beitragsmarken

für Vereine und Gewerkschaften

fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co

Advertisement for Geschäftsbücher, Schreibblocks, Rechnungsblocks, Quittungsblocks, Kuverts, Klebmarken, Kellnerbonsbücher, Tinte, rot u. schwarz, Leim, gute Qualität, Bleistifte, Kopierstifte, Federn, Federhalter. Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Z. P. F. Johannesstraße 47/49. Helfst die Not lindern.

Advertisement for Anzugstoffe, Kostümstoffe, Mantelstoffe. 8212) aller Art kaufen Sie gut, reell u. billig in N. Romlgs Tuchlager jetzt Huxstr. 113.

Vereins- u. Vereingangs-Anzeigen

Zentral-Theater. Fernruf 1359. Johannisstraße 25. Nur noch bis 12. November: Der Klub der Extravaganten. Staltemischer Großfilm. Abenteuer eines Kraftgenies in 5 Akten. Das Rätsel der Gerty Sering. Abenteuer eines Kindes in 5 Akten. Karichen als Lebensretter. 8227) 2 Akte

Verein der Vogelliebhaber, Lübeck. Große allgemeine Vogelausstellung im Turnerhauseheim an der Mauer 55 a. a. 10. Nov. 9 U. vorm. — 7 U. ab. 11. " 11 " — 7 " 12. " 9 " — 5 " (8185)

Konzerthaus Lübeck. Morgen, Sonntag: 8207) 14. Stiftungsfest der Freiwill. Feuerwehre Anf. 6 Uhr. Doerweck. Anf. 6 Uhr.

K OLOSSEUM. Morgen Sonntag: Groß. Ball. des Seglerklub Hansa. 8208) 5 1/2 Uhr.

Moislinger Baum. Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr: Vornehmes Tanzkränzchen verbunden mit heiteren Künstler-Vorträgen unter Mitwirkung des bekannten Siedersängers Adolf Friederich, des Langhumoristen Max Giesenberg, sowie des bekannten und beliebten Humoristen Hans Walter? Moderne Tänze, Künstler-Kapelle. Leitung: Herr Karl Stuhl. (8230) Prima Kaffee u. Kuchen. Spez.: Vortier vom Faß. Für Famil. freier Eintritt. Rud. Jäds.

Weißer Engel. Jeden Sonntag (8199) Tanzkränzchen.

Café Bernhardt. Fackenburg Allee 9. Täglich nachm. Konzert. 8198) u. abds.: 8 Uhr.

Trocadero. Schlüsselbud. 4. F. 787. Täglich ab 5 Uhr nachmittags: Stimmungskonzerte. 8210)

Stadttheater Lübeck. Sonntag, 8 Uhr: Niederdeutsche Bühne Das tolle Kineten. 7,80 Uhr: Tosca. Montag, 7,30 Uhr: Volksbühne: (8192) Schöne Galathee, Brüderlein fein, Ungarische Tänze. Heute-Sonabend 7 1/2 Uhr Zum ersten Male: Frühlingsfee. Singpiel in 3 Akten von Victor Corjilius. Sonntag und folgende Tage 7 1/2 Uhr: (8229) Frühlingsfee.

## Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 10. November.

### Warum er stahl.

Peter stand vor dem Bäckerladen. Der süße Duft frischen Brotes strömte durch die geöffnete Tür. Ach, nur einmal herzhast in solch ein goldbraunes Brötchen hineinbeissen zu dürfen! Was es wohl kosten mag? Einige Hunderttausend, eine Million Mark, oder noch mehr? Peter seufzt — die Mutter hat kein Geld, der Vater ist arbeitslos. Peter wagt sich einen Schritt vor, noch einen — er steht auf der Ladenschwelle. Ob er einen der Käufer bittet, ihm ein solches Brötchen zu kaufen? Langsam schiebt er sich in den Laden. Zupft einen Käufer am Rock. Der sieht nicht die heißen hungernden Augen, das blasse verhärmte Gesicht des Knaben, sondern stößt ihn unwissig von sich, wohl des Glaubens, Peter wolle sich vordrängen, um an den Ladentisch heranzukommen. So wird Peter vor die offene Fensterrinne geschoben und steht — vor dem Berge der ledernen Brötchen. „Soll ich?“

Die Bäckerfrau hat den Diebstahl bemerkt. „Haltet den Dieb!“ Peter rennt, drückt den Schatz an sein von Angst gejaagtes Herz. Doch schon wird er festgehalten. Kein Wort kommt über seine Lippen. Fester noch drückt er den Schatz, der ihm entzissen werden soll, an sich.

„Warum hast du gestohlen?“ Peter schweigt. Jemand bleibt stehen und beobachtet den Vorgang, legt Peter die Hand auf den gebeugten Kopf: „Junge, warum tatest du dies? Warum nimmst du gleich vier?“ Da meint Peter auf: „Wir wollten einmal etwas anderes essen als nur Kartoffelschale, und vier sind wir doch!“

Die beiden Männer bezahlen die Brötchen und gehen mit dem kleinen Dieb in die elterliche Wohnung. Peter führt seine Begleiter in die Seitenstraße, über den Hof, vier Treppen hinauf in eine armselige Behausung. Drei Kinder hocken auf dem Fußboden, lassen die rohen Kartoffelschalen fallen und greifen staunend — ungläubig nach dem ihnen dargebotenen Brot — bis sich die Zähne tief hineingraben in das süße ungewohnte Gebäck. Herz, Augen und Gaumen halten Festerstunde.

Eine erdichtete Geschichte? Nein, bitterernste Wahrheit! Denn, wer hat Zeit, auf alle die kleinen Peter zu achten, die mit großen hungrigen Augen vor den Kostbarkeiten der Läden stehen und doch wissen, daß selbst nur ein Stück Brot für sie uner-schwänglich ist.

**Keine militärisch angeordnete Hausdurchsuchungen.** Vom Wehrkreiscommandeur, Generalleutnant von Tschischwitz, wird uns berichtet: Es ist mir gemeldet worden, daß im Bereiche des Wehrkreises II bei Hausdurchsuchungen, die ohne mein Wissen stattgefunden haben, die betreffenden Beamten sich auf mich als den Inhaber der vollziehenden Gewalt bezogen haben. Es stellt dies einen Mißbrauch meines Namens als den derzeitigen Inhaber der vollziehenden Gewalt dar und ich werde hiergegen die nötigen Schritte einleiten. Es sind bisher von mir keine Hausdurchsuchungen angeordnet worden. Sollte dies einmal erforderlich werden, so werden die Beamten, die mit der Ausführung beauftragt werden, von mir mit besonderen Ausweisen versehen, die meinen Namen tragen. Außerdem muß sich auf dem Ausweise der Stempel der 2. Division befinden und eine besondere Tagebuchnummer. Die Zivilbehörden sind von mir entsprechend benachrichtigt.

**Einige Regeln zum sparsamen Gashverbrauche.** Es ist unter den heutigen Verhältnissen begreiflich, wenn die Hausfrauen sich bemühen, auf alle mögliche Weise an Brennstoffen zu sparen. Wenn auch das Gas im Verhältnis zu festen Brennstoffen immer noch trotz der scheinbar hohen Preise außerordentlich billig, und auch an sich bereits sparsam im Gebrauche ist, so lassen sich bei Beachtung nachstehender Sparregeln weitere Ersparnisse erzielen: 1. Verwende dünnwandige (Aluminium) flache Kochgefäße und koche nur mit aufgesetztem Deckel. 2. Halte die Kochgefäße frei von Rostflecken und Ruß. 3. Benutze beim Kochen nur Gefäße, die größer sind als der Kochplattenauschnitt, den Rippenring, und zwar die Rippen nach oben. 4. Laß die Flamme nicht über die Wandungen des Kochgefäßes hinausschlagen. 5. Koche mit voller Flamme an, koche mit klein gestellter Flamme weiter. 6. Verwende nur Kocher mit Luftregulierung. 7. Koche nicht mit zurückgeschlagener Flamme. 8. Achte darauf, daß die Flamme gut und ruhig brennt. Eine richtig brennende Flamme hat ein blaues Aussehen mit einem grünen Kern. 9. Benutze zum Kochen zwei über einander gestellte Töpfe. Der Inhalt des oberen wird dann kochenlos mit erwärmt. 10. Zünde die Flamme erst an, wenn die Kochgefäße fertig zum Kochen vorbereitet sind. 11. Reinige regelmäßig die Brenner mit einer scharfen Bürste. Ein mangelhaft in Stand gehaltenen Brenner kann nicht gut und sparsam brennen. 12. Benutze zum Garziehen die Kochflöte.

**Niedererschlagung aller geringer Geldstrafen.** Auf Grund des Reichsgesetzes über Vermögensstrafen und Bußen vom 13. Oktober d. J. wird die Befugnis zur Niederschlagung von Geldstrafen, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes rechtskräftig festgesetzt worden sind, den Strafollstreckungsbehörden übertragen. Wie der Justizminister in einer allgemeinen Verfügung hierzu bemerkt, werden die Kosten der Verurteilung zu der Höhe des beizutreibenden Betrages in der Regel dann außer Verhältnis stehen, wenn dieser Betrag das Fünffache der Postgebühr für einen einfachen Inlandsfernbrief von nicht mehr als 20 Grammen nicht übersteigt, es sei denn, daß die Verurteilung zusammen mit anderen bei demselben Schuldner einzutreibenden Beträgen noch löhrend erfolgen kann. Sind die Voraussetzungen gegeben, so kann von der Eingehung abgesehen werden, unabhängig davon, ob zugleich Willigkeitsrückichten vorliegen und ob der Schuldner zahlungsfähig und zahlungswillig ist. — Mit welchen Appellen sich zuwenden heute noch die Gerichte zu befragen haben, zeigt eine Entscheidung eines kleinen hollsteinischen Amtsgerichts: Den Streitgegenstand bildete eine ganze Stopfnadel. Das Gericht konnte aber diese Kostbarkeit nicht entscheiden, weil die beklagte Partei mit Recht geltend machte, daß nach der heutigen Gesetzgebung der Amtsrichter nur über Werte von 1/4 Milliarde entscheiden dürfte, während eine Stopfnadel eine ganze Milliarde wert sei und daher die Zuständigkeit des Amtsgerichts bei weitem überschreite. Der Rechtsstreit über die Stopfnadel mußte daher wegen Unzuständigkeit des Gerichts an das übergeordnete Landesgericht verwiesen werden.

### DSPD-Metallarbeiter.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins ladet, wie wir hören, alle Metallarbeiter, die der Vereinigten sozialdemokratischen Partei angehören, zu einer wichtigen Versammlung am Dienstag, dem 13. November, abends 7 1/2 Uhr, nach dem Gewerkschaftshaus ein. Da anzunehmen ist, daß alle Vorgänge der letzten Zeit erörtert werden, ist das Erscheinen aller SPD-Metallarbeiter selbstverständliche Pflicht.

## Die Revolutionsfeier in Lübeck.

Brüder, mir steht!  
Stürme kommen und Stürme gehn...  
Strafft mir die Naden, Brüder!  
Nur noch ein Sturm, noch ein letzter, dann  
brechen die Ketten und frei wird der Mann.  
Noch eine Weile, Brüder!  
Noch eine Weile tragen,  
wachsen und reifen, schon jagen  
Keiler des Morgens herauf,  
donnern an dumpfe Stürnen.  
daß es in allen Hirnen  
dämmert: Wir Volk!

Spann uns die Nacht  
lilkt in Träume — jetzt sind wir erwacht!  
Weiter ziehn auf. Und Gedanken  
werden zu Worten und Wort wird Tat...  
Keiter des Morgens betreten die Saat...  
Fruchtbar wird Mensch und Erde.  
Schüttle uns, Sturm! Du entwurzelst uns nicht!  
Sieh, unsere Herzen stehen strahlend im Licht...  
Leben tut not! Es werde!

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins hatte die Mitglieder zu Freitag abend in das Gewerkschaftshaus geladen, um den Tag der Revolution zu würdigen. Die Lübecker Genossen und Genossinnen waren dem Ruf in sehr großer Anzahl gefolgt, Saal und Tribünen waren voll besetzt. Mit Ernst und Würde verfloß eine Stunde, die alle mit dem Willen durchdrang, trotz aller Wirrnisse die Fahne des Sozialismus hochzuhalten.

Der Chöreverein Lübeck leitete den Abend mit zwei Stimmungsvollen zu Gehör gebrachten Liedern ein: „Weiche des Gefanges“ von Mozart und „Dem Lenz entgegen“ von Hoffmann, die ebenso reichen Anfang fanden wie der oben zitierte, vom Genossen Karl Seidmann verfaßte und mit großer Wirkung vorgetragene Prolog.

Genosse Dr. Leber gab einen gedrängten Rückblick auf die verlassenen 5 Jahre. Er erinnerte an das verhüllte Haupt der Freiheitsgöttin, an den Schmerz unserer Kämpfer ab des Niederranges und der militärischen Diktatur. Heute offenbare sich an, daß das Volk in den letzten 5 Jahren zu gutmütig gewesen sei und zuviel auf die Anständigkeit des Bürgerturns gegeben habe. Wir hätten verümt, die Revolution rücklos für uns auszubauen und nicht verstanden, mit rücksichtslosem Machtwort die Hauptinstrumente des Staates, Heer, Verwaltung und Schule für uns auszunutzen. Heute würden wir ebendies fast alle Verordnungen und Erlasse von Monarchisten geschrieben. Der Partei könne nicht alle Schuld zugeschoben werden. Die Ertrugenschaften des 9. November seien dem Proletariat leicht zugefallen. Es brauchte nicht mehr die letzten Kräfte aus sich herauszuholen, um sich die

Freiheit zu erkämpfen und zu verteidigen. Deswegen mußten viele diese Freiheiten nicht zu schätzen und noch weniger zu verteidigen. Während wir uns im Bruderkampf vielfach um Kleinigkeiten zerstreuten, wühlten unsere Feinde an unserem Untergang. Wehe dem Proletariat, wenn es aus diesem Nadelnadeln nicht die nötige Erkenntnis zieht. Es wäre selbstverständlich verkehrt, wenn wir deshalb die Revolution für verloren erachteten. Schon Marx sagte über die Pariser Kommune, es sei ein Irrtum, wenn irgend eine Volksklasse glaube, sie könnte eine Revolution in einem Ansturm, an einem Tag, Monat oder Jahr machen. Der dritte Stand Frankreichs habe 70 Jahre bis zur endgültigen Befreiung gebraucht. Hoffentlich brauche die deutsche Arbeiterklasse nicht so lange, um das Joch des Kapitalismus abzuschütteln. Die Revolutionsgeschichte aller Länder zeige immer das gleiche Bild: der Atem der Freiheit schlage wie ein Uhrpendel und häume sich wie Erbe und Blut, dringe vor und werde wieder zurückgedrängt. So habe das englische Volk den absoluten König schon 1649 auf dem Schafott geschickt und glaube sich dadurch frei. 11 Jahre später aber bringe der Sohn des Enthaupteten den Thron für 20 Jahre und erst dann brachte eine zweite Revolution England Selbstverwaltung und Freiheit. Regallos vollzog sich in Frankreich die Geschichte. Dort kamen unter dem Druck aufkommender Verhältnisse wieder Könige, vor denen das Volk den Kopf beugen mußte. Die Freiheit muß aber doch schließlich liegen, wie schon Freiligrath über die Gräber der Toten in Berlin geschrieben hat: Ich werde sein, und wieder voran werde ich den Völkern gehen! Auf dem Schicksalsweg der Völker wird Frang und Wille nach Freiheit immer emporleuchten, die Sonne der Freiheit wird wieder aufgehen, die Zukunft gehört der Arbeit, die Gebotmacht muß ihre Herrschaft an die Arbeit wieder abgeben. Dieser Glaube, diese Überzeugung gibt uns die innere Kraft, die Entwicklung der letzten Jahre mit ruhigem Gemüthe zu überblicken, auch das ruhig zu betrachten, was einige Halbverrückte in München angedacht haben. Ausgerechnet den 9. November hatten sie ausgerufen, um den Marxismus und die Sozialdemokratie zu verurteilen und die schwarz-weiß-rote Fahne mit Galanterie aufzuführen. Die Silberbewegung macht uns in unserer Überzeugung nicht irre, sie wird überwunden werden. Das Proletariat ganz Deutschlands würde sich gegen jede Diktatur aufbäumen, wäse sie kommen woher sie wolle. Die Republik ist das letzte Gut, das uns die Revolution ließ. Für die Republik werden wir bis zum letzten Augenblick entschlossen kämpfen. Und deshalb geloben wir jeden Tag aufs neue zu streiten für die deutsche Republik, für Einigkeit, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (Volk, Welt!).

Nachdem Genosse Seidmann noch durch einige ergreifende Deklamationen, und der Chöreverein durch Hoffmanns Lied: „Lord Jolejon“ die Versammlung erheitert hatte, beschloß Genosse Reich mit einem Hoch auf die deutsche Republik und die Sozialdemokratie den denkwürdigen Abend.

## Die Bürgerchaft und Bayern

Gegen die Putschisten. — Für die Republik.

Der Wortführer der Bürgerchaft, G. Ehlers, hatte zu Freitag abend 7 Uhr eine außerordentliche Sitzung einberufen, damit die Bürgerchaft ein Votum abgeben gegen die verbrochenerischen Ausschläge, die von Bayern aus gegen die Reichsregierung und die republikanische Verfassung angezettelt wurden. Es war eine recht nüchternere Sitzung, und lange nicht so von Temperament durchweht wie diejenige vor 3 1/2 Jahren beim Rapp-Putsch, denn der unheimliche Schuß ließ weit von hier.

Der Senat ließ durch seinen ständigen Kommissar Senator Dr. Vermehren eine Erklärung abgeben. In ihr wird der hochverräterische Staatsstreik in Bayern in Zeiten größter deutscher Bürgerchaft scharf gegeißelt. Der Senat verurteilte das Treiben Hiltlers und Genossen aufs schärfste und trat für festen Zusammenhalt aller Länder auf dem Boden der republikanischen Reichsverfassung ein. Der Senat habe dieses unverzüglich durch Anschluß zur Kenntnis gebracht und die Bevölkerung ermahnt, treu zur Reichsregierung zu stehen. Er habe der Reichsregierung sofort mitgeteilt, daß er einmütig zum Schutze der Verfassung und der Reichseinheit hinter ihr stehe. Der Senat hoffe, daß es bald gelingen möge, den verfassungsmäßigen Zustand wieder herzustellen. Der Senat sei sich der Zustimmung der Bürgerchaft bewußt. Nach den neuesten Nachrichten scheine die Hoffnung des Senates in Erfüllung zu gehen. Die Gefahr einer Ausdehnung der Bewegung bestehe nicht.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion erklärte deren Fraktionsvorsitzender, Genosse Haut: Wir sind nicht in der Lage, der Regierung Stresemann so ohne weiteres unser Vertrauen auszusprechen. Denn das Verhalten der Regierung Stresemann hat dazu geführt, daß unsre parteigenössigen Minister der Regierung Stresemann den Rücken kehren mußten, weil diese Regierung es nicht fertig brachte, gegen Bayern solche energische Maßnahmen zu ergreifen, wie sie unberechtigterweise gegen Sachsen ins Werk gesetzt wurden. Für die sozialdemokratische Fraktion kann ich erklären, daß wir hinter jeder Regierung stehen, die gewillt ist, die republikanische Verfassung zu schützen. Das ist aber erste Bedingung. Wenn sich die Regierung Stresemann auf die Arbeiterchaft stützt, ist es ein Leichtes, daß der bayrische Spieß in Ruß Komma nichts verschwindet und Ludendorff wird seinen zweiten Putschschrei genau so gerrinnen sehen wie den ersten. Er ist jetzt so kompromittiert, daß er nicht mehr zurückzuden kann. Die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerchaft ist sich darin einig, daß sie den Senat in dem Bestreben, in Deutschland wieder allgemein verfassungsmäßige Zustände herzustellen, unterstützt. Wir erwarten aber, daß Bayern gegenüber die nötige Energie entwickelt wird.

Die Deutsche Volkspartei ließ durch Ewers a. a. erklären: Die Deutsche Volkspartei verurteilt ohne jede Einschränkung jede Gewalttat, die dahin abzielt, sich in einzelnen Bundesstaaten oder im Reiche in den Besitz der öffentlichen Gewalt zu setzen. Bei allem Verständnis dafür, daß die durch den unausgesehenen feindlichen Druck hervorgerufene Not und die Art und Weise, wie diese Not von einzelnen Kreisen für ihre Sonderzwecke ausgenutzt wird, das nationale Gemüthe aufrütteln muß, halte sie vorbehaltlos daran fest, daß es nur einen einzigen Weg zu nationaler Erweckung und Festigung im Staat und Wirtschaft gibt. Diesen Weg führe die Reichsregierung, der die Fraktion das volle Vertrauen ausspreche, zu gehen. Sie erwarte von der Reichsregierung festen Willen und entschlossene Taten.

Für die Demokraten erklärte Echoldt: Die Vorgänge in Bayern, das Vorgehen gewissenloser Verschwörer gegen die Verfassung und die Reichseinheit verurteilen wir aufs schärfste. Wir fordern von unseren waffenkundigen politischen Freunden, daß sie sich für den Fall des Aufstaus durch die Reichsregierung oder Landesregierungen, zur Verfügung der Reichswehr oder Polizei bereitstellen. Es geht um die Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes.

Der Kommunist Koss bewies auf die warnende Stimme der Kommunisten Bayern gegenüber, das in der Bürgerchaft als Ordnungsgeselle geprüfend worden sei. Der Reichsregierung könnten sie das Vertrauen nicht ausprechen, sie habe für die politischen und ökonomischen Verhältnisse nur Ausnahmezustand und Ermächtigungsgesetz für die Arbeiter übrig. Der Kampf in Bayern sei nicht der letzte in Deutschland. Entwürfen schafften die Tatsachen nicht aus der Welt. Wenn Arbeiter und Ungehörte ihr Leben nicht mehr riskieren könnten, dann suchten sie nach einem Ausweg. Das Vorgehen gegen die Putschisten in Bayern billigten die Kommunisten.

Für die Deutschen Nationalen erklärte Jrl. Kossige, sie verurteilten alle Gewalttaten, und wollten Wünsche und Forderungen nur auf geschlichem Wege durchgeführt wissen.

Rosenquist sagte im Namen der Arbeitsgemeinschaft, daß diese das einseitige Vorgehen in Bayern verurteile und sich einmütig hinter den Senat stelle.

Der Wortführer G. Ehlers resümierte nach diesen Erklärungen, daß die Lübecker Bürgerchaft das Vorgehen der Putschisten in Bayern einmütig verurteile. Er ermahnte, daß alle Mittel angewendet werden, um die Verbrecher zur Strafe heranzuziehen und daß Maßnahmen gegen ähnliche Putschere ergriffen werden. Die Bürgerchaft stehe hinter der Regierung bei Abwehr aller Putschere, mögen sie kommen woher sie wolle. Der Reichsregierung werde von dem Ergebnis der Sitzung Mitteilung gemacht werden.

### Die goldigen Preise.

Gas 33 Milliarden.

Wohin wir blicken, überall laßen uns die neuen, auf der Grundlage der Goldwährung ausgezeichneten Preise entgegen. Sie scheinen so unwahrscheinlich, die ungewohnten Zahlen. Kommt aber die ängstlich herumgejaagte Hausfrau in den Laden, dann wird ihr nur allzu bald klar, daß der Papierlohn ihres Mannes mit den Goldpreisen in schärfstem Kontrast steht. Sie erzählt mit Entsetzen, daß sich die Goldpreise um das Dreifache erhöhten, der Lohn aber um über die Hälfte gesunken ist. Ganz phantastisch in die Höhe gegangen sind die Fleischpreise. So wurden gestern für ein Pfündchen mageres Rindfleisch 360 Milliarden gefordert. Wurst kostet eine halbe Billion. Der Konsumverein verkauft Schweinefleisch zu 2,40, frisches Rindfleisch zu 2 und Gefrierfleisch zu einer Goldmark. Aber mit dem augenblicklich noch billigen Gefrierfleisch wird es bald zu Ende sein, wenn nicht eine entsprechende Zuteilung von Devisen für wichtige Lebensmittel erfolgt.

Der Milch- und Butterpreis ist ebenfalls stark in die Höhe gegangen. Hamburg notierte 320 Milliarden für Butter und 48 Milliarden für Milch. Bei uns in Lübeck kostet die Milch 32 Milliarden. Nach Berliner Meldungen geht der Buttergroßhandel ebenfalls zur Goldwährung über. Die Notierung wurde in Berlin erstmalig am Dienstag auf Goldmark gestellt und findet in Zukunft dreimal in der Woche statt. Die amtliche Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel, Frucht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten, war für la-Quatität am 6. November 1,30 Goldmark. Damit liegt der deutsche Butterpreis höher dem Preis dänischer Butter in Kopenhagen, die dort 1,35 dänische Kronen, also etwa 1,10 Goldmark kostet.

Die Goldmark bringt uns also eine ganz anständige Wertenerung unserer Waren. Kein Wunder, daß man sich so unheimlich freut.

Das schlimmste bei diesem ewigen Kreislauf ist, daß der Handel bald nicht mehr in der Lage sein wird, die wichtigsten Lebensmittel zu beschaffen, obwohl die Verbraucher schon uner-schwänglich Preise bezahlen müssen. Wie uns von fremdbeter, gutinformierter Seite mitgeteilt wird, können Reis, amerikanischer Speck, Schmalz, Gewürze nicht mehr gehandelt werden, wenn die Reichsbank keine Devisen zuteilt. Der Handel ist teilweise schon

schlich mit Devisenschulden im Klaffstand und kann daher, selbst wenn Bestände vorhanden sind, nichts herausgeben. In dieser Lage der Reichsbank scheint kein Vorteil für die Verbraucher zu liegen. Es entwickelt sich allmählich ein Verfahren, das dem Verbraucher wahrscheinlich viel teurer zu stehen kommt, als wenn die Reichsbank Devisen in erforderlichem Umfang herausgibt.

Wir erfahren, daß gestern in Hamburg Schweinefleisch, soweit es in Devisen bezahlt wurde, am Großmarkt für 1,21 Goldmark zu haben war. Wer wertbeständiges deutsches Geld hatte, konnte mit 1,30 Goldmark handeln. Wer aber weder im Besitz von Devisen noch von Goldanleihe war, mußte in Papiermark 3 Goldmark bezahlen. Das sind recht eigenartige Zustände, die sich hier entwickeln. Wie uns weiter mitgeteilt wird, findet dieses Verfahren auch in Lübeck schon Anwendung. Bei Zahlung in Papiermark werden Aufschläge von 15—100 Prozent im Großhandel gefordert.

Da wundert man sich dann noch, wenn der lumpige Papierlohn nicht hin und nicht her reicht und die Menschen zur Verzweiflung bringt!

### Die neuen Fahrpreise.

Die Reichsbahn hat, wie gemeldet, seit dem 1. November die Goldmarkrechnung eingeführt. Als Zahlungsmittel werden an den Kassen der Reichsbahn, an allen Fahrkartenschaltern, Gepäck- und Güterabfertigungen sämtliche vom Reichsfinanzminister zugelassenen wertbeständigen Zahlungsmittel, wie Goldanleihe, Dollarschuldschein, Stadtschuld usw. zum Nennwert sowie Papiermark zum Reichsbahn-Goldmarkkurs entgegengenommen. Die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes wird vorbereitet. Die Grundzahlen im Fernverkehr sind:

1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse
19,8 Pfg.	9,9 Pfg.	3,3 Pfg.	2,2 Pfg.

Militär für 1 Km. 1,10 Pfg.

An Schnellzugzuschlägen werden erhoben:

	1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.
1. Zone (bis 75 Km.):	3,0	1,5	0,5 Mt.
2. Zone (bis 150 Km.):	6,0	3,0	1,0 Mt.
3. Zone (über 150 Km.):	9,0	4,5	1,5 Mt.
Platzkarte:	1,6	0,8	0,3 Mt.
Bettkarte:	16,0	8,0	4,0 Mt.

Vorvermerkgeld 10 Proz., Bahnsteigtarte 0,10 Mt., Fahrkartentaxe 0,50 Mt.

Nach diesen Grundzahlen würde eine Fahrt ab Lübeck über Hamburg für Personen- und Güterzüge ungefähr kosten:

Kilometer	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.
Hamburg . . . . .	6,4	2,2	1,5
Düsseldorf . . . . .	94,4	31,4	20,9
Berlin . . . . .	35,4	11,8	7,9
Bremen . . . . .	18,2	6,2	4,2
Kassel . . . . .	40,6	13,6	9,1
Dresden . . . . .	53,8	17,8	11,4
Düsseldorf . . . . .	47,8	16,0	10,7
Erfurt . . . . .	47,8	16,0	10,7
Essen . . . . .	43,8	14,6	9,8
Frankfurt a. M. . . . .	59,4	19,8	13,3
Köln . . . . .	51,4	17,2	11,5
Leipzig . . . . .	43,8	14,6	9,8
München . . . . .	87,4	28,8	19,3
Oldenburg . . . . .	22,8	7,6	5,2

### Erhöhte Postgebühren vom 12. November an.

Vom 12. November an kostet eine Postkarte im Ortsverkehr 2, im Fernverkehr 5 Milliarden; ein Brief im Ortsverkehr 5, 6, 10 und 12 Milliarden, im Fernverkehr 10, 14, 16 und 18 Milliarden; die leichteste Drucksache 2 Milliarden. Entsprechend diesen Beträgen erhöhen sich auch die übrigen Portosätze. Ins Ausland kostet eine Postkarte 24, ein einfacher Brief 40 Milliarden.

### Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft.

Neuer Fahrplan ab Montag, den 12. November d. J. Lübeck-Hamburger Strecke:

	Werktag	M	M	M	M				
Lübeck ab:	5:55	7:47	9:43	11:00	12:55	4:05	7:22	9:20	9:25
Hamburg an:	7:35	9:21	10:43	12:25	2:35	5:50	9:00	9:20	11:11
Hamburg ab:	M	M	M	M	M	M	M	M	M
Lübeck an:	5:20	7:00	8:50	10:17	12:22	3:35	5:21	7:25	11:40

Sonn- und Feiertags

	M	M	M	M					
Lübeck ab:	7:47	11:00	4:05	7:22	9:20	9:25			
Hamburg an:	9:21	12:25	5:50	9:00	9:20	11:11			
Hamburg ab:	5:20	7:00	8:50	10:17	12:22	3:35	5:21	7:25	11:40
Lübeck an:	7:05	8:44	9:31	11:55	1:56	5:15	8:20	9:25	12:5

Lübeck-Travemünde-Riendorfer Strecke:

	Werktag	Sonn- u. Feiertags	M	M			
Lübeck ab:	6:21	8:00	2:07	6:53	8:00	2:07	6:53
Travemünde an:	6:01	8:45	2:47	7:25	8:45	2:47	7:25
Riendorf-Diisee an:	6:22	8:10	3:10	7:32	8:10	3:10	7:32
Riendorf-Diisee ab:	6:32	8:20	3:30	8:11	8:20	3:30	8:11
Travemünde ab:	6:55	10:20	3:50	8:32	10:20	3:50	8:32
Lübeck an:	7:34	10:50	4:32	9:10	10:50	4:32	9:10

Lübeck-Segeberger Strecke:

	Werktag	Sonn- u. Feiertags	Werktag	Sonn- u. Feiertags
Lübeck ab:	1:30	7:20	7:20	7:20
Segeberg ab:	3:27	8:25	8:25	8:25
Segeberg an:	7:05	6:25	7:20	7:20

Bürgerhaushaltsaktion! Montag nachmittags 5 Uhr Fraktions-sitzung im Alten Saal des Rathhauses.

Das Finanzamt Mecklenburg-Lübeck veröffentlicht im Interesse die Ermäßigungsanzahl vom Steuerabzug, die für die Woche vom 11. bis 17. November 300 000 beträgt. Beiträge werden auf 1 Milliarde abgerundet.

Wochenplan des Stadttheaters vom 11. bis 18. Nov. Sonntag 3 Uhr: Niederdeutsche Bühne: „Der lütte Rümcken“. 7:30: „Laska“. Montag: Die schöne Galathee. Brüberlein sein. Ungarische Tänze. Dienstag: „Laska“. Mittwoch: „Goffen tute“. Donnerstag: Die schöne Galathee. Brüberlein sein. Ungarische Tänze. Freitag: „Galle, Weg, Erde“. Sonnabend: „Propheeten“. Sonntag 11 Uhr: Einführende Vorträge. 3 Uhr: „Goffen tute“. 7:30: „Wiener Blut“.

Ein praktischer Kaufmann. Bei der Commerzbank stehen, wie gemeldet, viele Leute, die sich ein paar Goldmark gegen das sich verflüchtende Papier einzuweisen möchten. Sie müssen mit-

unter sehr lange stehen. Wir nahmen an, daß es sich meistens am kleine Leute handelt, denn Goldmarkhäftern ist bei den schlechten Zeiten nur wenigen möglich. Unter den Goldmarkhäftern befindet sich auch der Kaufmann E. in der Braunstraße. Das lange Warten in Wind und Wetter ist aber nicht nach seinem Geschmack. Deshalb schickte er an zwei Tagen etwa 12—15 im Geschäft tätigen Fräulein aus, die die Schlange vor der Commerzbank verkürzen mußten. Als sich am zweiten Tage ein Mädchen der Aufforderung der Direktrice, nach Goldmark zu stehen, sträubte, wurde der Chef herbeigeholt. Energisch, wie ein Chef ist, forderte er das Mädchen auf, den Befehl zu befolgen, andernfalls sei sie fristlos entlassen. Einer kleinen Eindre wegen wurde die Drohung dann auch ausgeführt. Da die Goldmark nicht für die Lohnzahlung bestimmt waren, so wäre es interessant zu erfahren, zu welchen Zwecken die Enghamsterei vor sich ging. Das könnte vielleicht auch andere Leute interessieren.

Rückzug. Auch die Ortsgruppe Rückzug hatte die Genossinnen und Genossen zu einer würdigen Revolutionsfeier, die außerordentlich gut besucht war, eingeladen. Der hiesige Arbeitergesangsverein leitete die Feier mit dem schönen und gut vorgetragenen Liede ein: ... Doch das Banner steht, wenn der Mann auch fällt. Nachher des Abends war Gen. Göhr-Lübeck. Er begann mit dem Schlachtruf: Auf zum Kampf, die Freiheitsbanner wehen. Diesen Schlachtruf müssen wir unseren Genossen am fünften Geburtstag der jungen Republik, die in großer Gefahr ist, entgegenrufen. An allen Pforten wird gerüttelt, um die verhasste Republik zu beseitigen. Jetzt haben sogar politische Wirrköpfe in Bayern versucht, das Fundament der Republik zu erschüttern. Leute, die immer vorgeben, treudeutsch und national zu sein. Wir Sozialisten sind viel bessere Nationalisten als diese Herren, denn wir stehen und fallen mit der Sicherheit der Republik. Die Genossinnen hatten für das Banner der Ortsgruppe ein Fahnenband mit der Aufschrift unseres großen Dichters Eichendorff gestiftet: Einheit und Recht und Freiheit. Das paßt dem Genossen Göhr so recht zu seiner Rede, und er überreichte dasselbe mit dem Appell

## In der Stunde der Gefahr

läßt kein Arbeiter und Parteigenosse

### Die Sozialdemokratie im Stich, Siegreich

muß die Arbeiterschaft den Angriff der Reaktion auf die Republik und die Grundrechte der Arbeiter abschlagen. Schärfer wie

unsere Waffen.

Rufen wir auf der ganzen Linie. Schaffen wir Munition:

## Geld in den Kampf-Fonds!

Abzuliefern im Parteisekretariat, Johannisstraße 48.

den Genossinnen zur Befestigung, auch ihrerseits treu zum Banner zu stehen. Er schloß seine Ausführungen mit dem so schönen Spruch:

Wir wollen den Frieden, Freiheit und Recht, daß niemand sei des anderen Feind, daß Arbeit aller Menschen Pflicht und niemand es an Brot gebricht

und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Freiheit, Republik und Sozialismus. Anschließend wurde das Theaterstück „Auf freiem Boden“ von dem Theaterverein Rückzug gut aufgeführt. Der Gesangsverein sang noch einige Lieder, und die würdige Feier war beendet.

Siemens. Eine Revolutionsabendfeier veranstalteten die hiesigen Parteigenossen. Nach einem Vortrag des Genossen Steinberg wurde eine Resolution angenommen, die von der Regierung verlangt, daß sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Verbrecher an der deutschen Republik in Bayern vorgeht. Der gegenwärtige Ausnahmezustand ist nicht geeignet, die Verfassung zu schützen, da er nur gegen die arbeitende Klasse angewendet wird. Die Ortsgruppe Siemens verlangt daher, daß dieser Zustand so schnell wie möglich aufgehoben wird.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Der Verein der Vogelkühhaber Lübeck veranstaltet am 10., 11. und 12. d. Mts. im oberen Saale des Turnerschaftsheimes, An der Mauer 55a, eine große allgemeine Vogelausstellung. Es kommen in der Hauptfläche zur Schau einheimische und ausländische Sing- und Ziervögel, sowie Geräte zur Vogelpflege und präparierte Vögel. Die Ausstellung dient so recht zur Aufklärung hauptsächlich auch der Schulkinder über unsere einheimische Vogelwelt und kann deshalb jedermann zum Besuche empfohlen werden.

Sanja-Theater. Heute Sonnabend, 7 1/2 Uhr wird als Erstaufführung „Die Frühlingsernte“, Singspiel in 3 Akten, gegeben.

### Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Zeitungsverbot. Die Hamburger Nachrichten wurden von der Polizeibehörde auf drei Tage verboten wegen der Veröffentlichung des Antrages des Ausschusses der Vaterländischen Verbände in Groß-Hamburg. Gegen den verantwortlichen Redakteur Engelhardt wurde ein Verfahren eingeleitet.

Neumünster. Neue Waffenjunde. Etwa 200 Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei zogen nach dem Dorf Großenau, wo sich ein geheimes Waffenlager befinden sollte. Nachdem unsere Genossen gegen 2 1/2 Uhr nachts am Dorfe angelangt, veranlaßten sie den Nachtwächter, den Landmann Notzelmann zu wecken. Dieser versuchte zunächst zu leugnen, daß sich ein Waffenlager in seinem Hause befände. Auf energisches Drängen unserer Genossen gab er das Leugnen auf. Gefunden wurde eine große Anzahl Karabiner, 1000 Gewehre, fünf leichte und drei schwere Maschinengewehre, 100 Maschinengewehrrohre, eine Unmenge Schläner für Gewehre usw., und in den Kellerräumen

sechs Petroleumfässer mit Munition. Es bedarf zweier großer Kartons, um die Waffen und Munition fortzuführen. — Erst vor wenigen Tagen berichteten wir von der Entdeckung zweier Waffenspeicher in der von Hohen Westedt, in denen große Mengen von Munition, an die 700 Gewehre und ein halbes Duzend Maschinengewehre gefunden wurden. Aus dem Kreise Steinburg berichtet die „Schleswig-Volkszeitung“, daß auch dort, und zwar bei Siedeln des Lokführer Lagers, wo seinerzeit die Bakfuumtruppen aufgelöst wurden, größere Waffenspeicher gemacht worden sind. Auch hier sind mehrere hundert Seitengewehre, eine Menge Handgranaten und ein Maschinengewehr gefunden.

## Gewerkschaften.

### Nur keine Illusionen!

Wertbeständiger Lohn ist noch nicht höherer Lohn.

Unter den Verhältnissen, in denen wir leben, in denen wir nach jedem Strohhalm greifen, um uns daran festzuklammern, unterliegen wir leicht dem munteren Wechselspiel zwischen Enttäuschungen und Illusionen. Der Wunsch nach einer Besserung der Verhältnisse wird zum Vater der Gedanken.

Nachdem die Forderung der Gewerkschaften, die Löhne in wertbeständigen, das heißt verhältnismäßig wertbeständigen Zahlungsmitteln auszuzahlen, im allgemeinen endlich anerkannt ist, anerkannt werden mußte, nachdem alle Lebensmittelpresse auf wertbeständiger Basis festgelegt waren, haben wir nunmehr die Durchführung dieser Forderung zu erkämpfen. Zunächst soll der zehnte Teil des Lohnes oder Gehalts wertbeständig ausgezahlt werden — soweit es sich technisch durchführen läßt, d. h. die entsprechenden Zahlungsmittel vorhanden sind. Ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht, wie amtlich besonders betont wird. Es hängt also zunächst davon ab, ob die Unternehmer sich der Mühe zur Beschaffung wertbeständiger Zahlungsmittel unterziehen wollen, weiter aber, ob sie damit Erfolg haben.

Nehmen wir den günstigen Fall: Die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmerschaft bekommt ein Zehntel ihres Nettolohnes in Goldanleihe gezahlt. Was ist damit gemonnen? Angenommen, der Wochenverdienst beträgt und eine Billion; davon werden also 100 Milliarden wertbeständig gezahlt. Reichen die übrigen 900 Milliarden nach Abzug der Lohnsteuer und der Versicherungsbeiträge zum Lebensunterhalt noch aus — wovon in Wirklichkeit die Rede nicht sein kann —, dann hat der Arbeitnehmer den Vorteil, daß er die 100 Milliarden allein schon deshalb nicht so schnell wie möglich ausgeben muß, um ihre Entwertung zu verhindern. Kann er den wertbeständigen Betrag seines Lohnes mehrere Wochen hintereinander zurücklegen, um den Betrag zur Anschaffung von einem Paar Stiefel oder irgendeines sonst notwendigen Gegenstandes zusammenzubekommen, dann ist dies zweifellos ein wesentlicher Vorteil gegen den bisherigen Zustand. Kommt ihm aber die Miete oder gar die Gas-, Wasserrechnung und dergleichen in die Quere, dann kann es ihm sehr leicht passieren, daß sein wertbeständiger Lohnanteil zwar wertbeständig bleibt, doch nicht in seinen, sondern in anderen Händen. In ein eigentliches Sparen, an dauernde Rücklagen für unvorhergesehene Notfälle kann natürlich solange nicht gedacht werden, solange der Reallohn nicht wesentlich höher ist. Das Sparen besorgen einstweilen noch die Devisen- und Sachwerthäftern, die sich erst vollends „gesund“ machen müssen, wie ein Stinnes sich bereichern wollen, bevor die Arbeitnehmer etwa 4,20 oder gar 6,30 Mt. in der Woche ersparen können.

Deutlicher als je zeigt sich gerade jetzt, wo eine Billion Papiermark nicht einmal mehr als 10 Mark gemertet wird, wo nach dem amtlichen Kurs 630 Milliarden nur noch den Wert eines Dollars von 4,20 Mt. haben, wie ungeheuerlich der Lohnbetrag ist, der mit der Papiermark an der deutschen Arbeitnehmerschaft verstreut wurde. Bis dahin blieb noch der schlechte Trost, daß die Kaufkraft der Papiermark auf dem Inlandmarkt immerhin noch etwas größer sei als nach dem Dollarkurs. Seitdem jedoch sämtliche Warenpreise in Gold berechnet und weit über die Friedenspreise hinaus festgesetzt werden, kann auch der einfältigste Arbeiter sich leicht ausrechnen, was hinter seinen Papiermilliarde oder gar „Billionen“ denn eigentlich steckt. Es ist nur noch eine Frage von Tagen oder Stunden, wie lange die Papiermilliarde im Tagesverkehr den Wert eines Pfennigs behält.

Nun allem ergibt sich, daß mit der wertbeständigen Zahlung eines Zehntels vom Lohn die Lohnkämpfe nicht etwa überflüssig, sondern erst recht notwendig geworden sind. Die Arbeitnehmerschaft muß durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen die wertbeständige Lohnrechnung durchsetzen, sie muß darauf dringen, daß in gewissen Zeitabständen ein von 10 zu 10 vom Hundert steigender Teil des Lohnes wertbeständig ausgezahlt wird, nicht zuletzt aber, daß die Löhne wesentlich erhöht werden — nicht in Papierberechnung — und mit den Lebensmittelpreisen in ein erträgliches Verhältnis gebracht werden. Jede Lohn-erhöhung ist ein Schlag ins Wasser, wenn nicht gleichzeitig dem Lebensmittelpreis die Krallen kurz gehalten werden. Zumal dann, wenn unsere Arbeitszeit zwangsweise verlängert wird, müssen Löhne gezahlt werden, die uns eine erträgliche Existenz ermöglichen.

Jeder Arbeiter, jeder Angestellte und Beamte muß darauf achten, daß von seiner Organisation jeder müßige Streik, jede „Einheitsfront“-Macherei ferngehalten, die Schlagkraft der Organisation in jeder Weise gefördert wird, damit die Gewerkschaften den weiteren Verlauf der Dinge günstiger beeinflussen können.

### Getreidemarkt.

(Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.)

Hamburg, 9. November.

Der Handel mußte sich wieder auf Papiermark umstellen, da bei den Verbrauchern keine Goldmark vorhanden ist und die Reichsbank den Verkauf von Goldanleihe eingestellt hat. Preise waren gestern durchweg unverändert, nur Gerste war gefragt und wurde etwas besser bezahlt. Preise in Goldanleihe: Weizen 2,20—2,30, Roggen 2,10—2,20, Hafer 1,80—1,90, Gerste 1,15—1,25, Mais, loco, 2,40—2,50, Station. Ausland. Gerste loco 2,40—2,50, Mais, loco, 2,40—2,50 Dollar frei Rainwaggon. Delfuchen leicht befestigt.

Heu und Stroh. Hamburg, 9. November. Im Großhandel stellt sich der Preis für Weizenheu, lose 1,80, do. gepreßt 2,80, Getreidestroh, gebündelt 1,40, do. gepreßt 1,60 (alles je Zentner in Goldmark frei Waggon incl. Verladekosten excl. Deckenmiete.) Tendenz: ruhig.

Persil bleibt Persil  
das vollendete Wachsmittel    höchster Güte und Ergiebigkeit